

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395E

4

Frankfurt, April 1972

Einzelpreis 1,50 DM

XII. Jahrgang

Die traditionellen und klassischen Kampflösungen der Arbeiterschaft am 1. Mai sind die Forderungen nach Völkerverständigung und Frieden. Die arbeitende Bevölkerung ist in erster Linie an Abrüstung und Sicherung des Friedens interessiert. Weiß sie doch, daß die Aufrüstung mit dem Verzicht auf bescheidenen Wohlstand und der Krieg mit Opfern an Gut und Blut bezahlt werden muß, während die Rüstungsindustrie Milliarden Profite einstreicht.

An diesem 1. Mai sind die Gewerkschaften aufgerufen, einen konkreten Beitrag für Entspannung, Abrüstung und Frieden zu leisten. Im Mittelpunkt der Mai-Kundgebungen wird die Forderung nach schneller Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau stehen. Der DGB-Bundesausschuß und alle Landesbezirkskonferenzen haben sich für diese Verträge eingesetzt, und in zahlreichen Entschlüssen verlangen die Gewerkschafter, daß die Verträge realisiert werden. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ist überzeugt, daß die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen der Entspannung und dem Frieden dienen. Sie machen den Frieden in Europa sicherer und schaffen die Voraussetzungen für den Abbau der enormen Rüstungskosten. Sie beinhalten die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und eröffnen Möglichkeiten zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ländern der sozialistischen Völkergemeinschaft. Die Verträge fördern den Handel zum beiderseitigen Nutzen und damit auch soziale Sicherheit und Sicherung des Arbeitsplatzes. Die Ratifizierung der Verträge ist von so grundsätzlicher Bedeutung, daß sie nicht allein Angelegenheit des Parlaments bleiben kann, sondern eine Sache des ganzen Volkes werden muß.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Verträge im Bundestag scheitern. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die Gegner der Verträge von der CDU/CSU bis zu den Neonazis mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die Ratifizierung und damit gegen die Entspannung in Europa auftreten. Die CDU/CSU zeigt deutlich, daß sie ihre Politik des Antikommunismus und ihre Position des kalten Krieges nicht aufgeben will. Gegen die Forderungen der Gewerkschaften nach Frieden und Sicherheit in Europa vertritt sie die Interessen der Rüstungsindustrie und der reaktionären Flüchtlingsverbände, so, wie sie immer nur gegen die Gewerkschaften und für das Kapital Stellung bezogen hat.

Einheitlich und geschlossen müssen darum die Gewerkschaften am 1. Mai ihren Friedenswillen gegen die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik zum Ausdruck bringen. Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und Vorbereitung einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, sind die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften am 1. Mai 1972. *sr*

Aus dem Inhalt

Ratifizierung erzwingen	2
Lautloser DGB-Kongreß? Vorbereitung geschieht „in aller Stille“	3
Chemie taktiert defensiv Nur höchste Aktivität kann Forderung durchsetzen	4
Bonn setzt doch Leitlinien! Konzentrierte Aktion im Interesse der Unternehmer	5
Neuer Tarif für Seeleute „Notfalls auf die Strafe“	6
Textil- und Bekleidungsarbeiter fordern mehr	7
Aktionseinheit gegen Monopole Wichtiger Diskussionsgegenstand des 9. DGB-Kongresses	8
Angriff auf Grundsatzprogramm Zu einem Artikel in der „Welt der Arbeit“	10
„Aktionsprogramm diskutieren!“	10
Bundeskongreß der SDAJ Gewerkschafter bespitzelt Interview mit Werner Cieslak zur Antikommunismus-Welle	12
Bundeskongreß der „Jusos“	13
OTV: Demokratisierung nötig Zum bevorstehenden OTV-Gewerkschaftstag	14
Kongreß der 98 Millionen Sowjetische Gewerkschaften berieten über neue Aufgaben	15
„Vermögenspolitik“ — wozu? Fragwürdigkeit der gewerkschaftlichen Konzeption — Ein Diskussionsbeitrag	16
Soziale Sicherheit im Alter	18
Für soziales Gesundheitswesen	19
Stillelegungen in Hagen Die Betroffenen können nicht mitbestimmen	20
Dringende Aufgaben bleiben Finanzkrise der Städte und Gemeinden	22
Leipziger Frühjahrsmesse 1972	23
Der Kampf der Bergarbeiter Bericht aus Großbritannien	25
Buchbesprechungen „Betriebsverfassungsgesetz 72“	26
„Sozialdemokratismus heute“	27

Ratifizierung erzwingen

Die kalten Krieger dürfen keine Chance bekommen Einsatz für Entspannung – Aufgabe für Gewerkschaften

In wenigen Wochen wird der Bundestag über die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau zu beschließen haben. Für die Gewerkschaften ist die Haltung dazu eindeutig. Der Bundesausschuß des DGB hat von den Abgeordneten des Bundestages die Zustimmung zu den Verträgen gefordert. In den Gewerkschaften wächst der Wille, sich noch stärker für die Verträge einzusetzen.

So sagte der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Ferdinand Eidhorn: „Die Tatsache, daß Reaktionen aller Schattierungen mit demagogischen Mitteln die Bevölkerung gegen die Verträge aufzuputschen suchen, daß sie, um die Verträge zu Fall zu bringen, zum Marsch auf Bonn aufgerufen haben, zwingt die Gewerkschaften, sich noch stärker für die Ratifizierung zu engagieren. Wir Gewerkschafter wissen, daß wir unsere sozialen und politischen Forderungen nur in einem Klima des Friedens und der Entspannung realisieren können.“

Es darf dabei nicht übersehen werden, daß die gesamte Reaktion mit ihrem Sturmlauf für das Scheitern der Verträge auch die Regierung Brandt/Scheel zu Fall bringen will. Die CDU/CSU mit Barzel und Strauß sollen wieder an die Regierungsmacht gebracht werden. Unter diesem Gesichtspunkt hat sich der Kampf um die Ratifizierung der Verträge dramatisch zugespitzt und erfordert von allen fortschrittlichen Kräften jetzt höchste Aktivität, um die Chance wahrzunehmen, mit völkerrechtlich abgesicherten Verträgen und stabilen Grenzen in Europa einen neuen Abschnitt der Zusammenarbeit der Staaten dieses Erdteils, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Ordnung, einzuleiten.

„Eine Politik der Entspannung und Verständigung ist zum Nutzen der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Sie gibt uns allen die Hoffnung auf Sicherheit und Fortschritt und läßt die ersehnte Abrüstung in Europa näherücken,“ heißt es in einer Erklärung der Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft HBV in Düsseldorf. Gerade darum geht es heute: den kalten Krieg begraben, der Abrüstung und der Zusammenarbeit der Völker unseres Kontinents den Weg bereiten.

Der verstärkte Angriff der CDU/CSU gegen die Ratifizierung der Verträge richtet sich zugleich gegen den ganzen Kurs der Entspannung und versucht, die Bundesrepublik in die Zeit der offenen Konfrontation mit der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Länder zurückzuzerren. So denken auch die Bergarbeiter der Schachtgewerkschaftsgruppe Recklinghausen, die in einer Entschließung zum Ausdruck brachten: „Eine Politik gegen die Verträge ist eine Politik

zurück in die Zeit des kalten Krieges und ist gegen die Lebensinteressen unseres Volkes gerichtet. Wir Bergarbeiter wollen Frieden, Sicherheit und gutnachbarliche Beziehungen zu allen Völkern.“

So wie der DGB sich für Frieden und Entspannung, für die Ratifizierung der



Zwei Seelen

Der stellvertretende Landesvorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Adolf Müller, steht „unter seelischem Druck“. Ihm wohnen, um mit dem Dichterwort zu sprechen, zwei Seelen in der Brust.

Die eine, das ist die Seele des Gewerkschafters Müller, der im DGB-Bundesausschuß einer Resolution zustimmte, mit der die Entspannungspolitik begrüßt und eine Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gefordert wird. Die andere Seele, die schwarze sozusagen, gehört dem CDU-Bundestagsabgeordneten Müller, und der will wiederum im Bundestag seine Stimme, dem Fraktionsbefehl gehorchend, gegen die Ratifizierung abgeben.

Was ist es nun, was diesen Zwiespalt in der Brust des Adolf Müller entfacht hat? Ist es die Sorge, sich als nicht schlecht bezahlter Gewerkschaftsfunktionär in Gefahr zu bringen, wenn man im Bundesausschuß nicht für die Resolution und damit für die Verträge gestimmt hätte einerseits, oder andererseits die Angst, das CDU-Bundestagsmandat samt Diäten zu verlieren, wenn man bei der Bundestagsabstimmung nicht gegen die Verträge votiert?

Das von den Parlamentariern so gern in Anspruch genommene Gewissen kann es nicht sein, was die Seelenqual bei Adolf Müller hervorgerufen hat — denn wie könnte das Gewissen einen Mann, der Demokrat, Gewerkschafter und Christ zu gleicher Zeit zu sein vorgibt, daran hindern, Gewaltvertragsverträgen, die den Frieden sicherer machen, zuzustimmen?

okolus

Verträge erklärt, so hat sich auch der Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften, der in Moskau tagte, klar festgelegt. Er stimmte Leonid Breschnew zu, der die Entschlossenheit der Sowjetregierung betonte, ihrer eigenen Verantwortung gerecht zu werden bei der Lösung der Fragen, die zur Sicherung des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker Europas auf der Tagesordnung stehen. Unübersehbar ist der Standpunkt der Regierung der UdSSR wie der Völker dieses großen Landes, in der Bundesrepublik gehe es bei der Auseinandersetzung um die Verträge um Konfrontation oder Zusammenarbeit, um Entspannung oder Verschärfung der Spannungen und letztlich um eine Politik des Friedens oder des Krieges.

Barzel treibt mit der Forderung nach Grenzrevision die Bundesrepublik in internationale Verwicklungen, damit aber auch zugleich in die größte außenpolitische Isolierung auch gegenüber den westlichen Nachbarn der BRD. Breschnew erklärte auf dem Gewerkschaftskongreß in Moskau unmißverständlich: Die Grenzen in Europa sind im Ergebnis des 2. Weltkrieges entstanden, sie haben sich bereits historisch gefestigt, sie sind in den Verträgen für unverletzlich erklärt worden und werden kein Gegenstand von Verhandlungen mehr sein.

Die reaktionärsten Kräfte von der „Aktion Widerstand“ bis zur Führung der CDU/CSU reden davon, daß die Sowjetunion sich in die inneren Angelegenheiten der BRD einmische, wenn sie ihre Meinung zur politischen Auseinandersetzung über die Verträge ausspricht. Dieser Vorwurf ist bei der Tatsache, daß der Vertrag, um den es geht, ein zweiseitiger Vertrag ist, der lebenswichtige Interessen sowohl der Bevölkerung der BRD als auch der Völker der UdSSR berührt, völlig unbegründet. Hinzu kommt, daß die Regierung der Sowjetunion bereits jetzt konstruktiv wertet, daß die Verträge zu einer positiven Veränderung der Beziehungen der UdSSR und der BRD geführt haben. So wurden bereits Beispiele für eine Politik der friedlichen Koexistenz entwickelt. Auch die Teilnahme einer Delegation des DGB am Kongreß der Sowjetgewerkschaften und die in Aussicht gestellte Teilnahme einer Delegation der Gewerkschaften der UdSSR am DGB-Kongreß in Westberlin gehören zu den Beweisen für das veränderte Klima.

Die Besuchsregelung zu Ostern und Pfingsten für Westberliner, die in die Hauptstadt und das gesamte Gebiet der DDR reisen wollen, wie die zügige Ausarbeitung eines Verkehrsabkommens zwischen der DDR und der BRD zeugen davon, wie die Verträge von Moskau und Warschau positiv wirken und ihre Ratifizierung die Entwicklung zur Entspannung und Zusammenarbeit festigen und beschleunigen würde.

In einem Klima der politischen Entspannung kann sich die Zusammen-

Lautloser DGB-Kongreß?

Aktionsprogramm in der Mitgliedschaft diskutieren: Nachahmenswertes Beispiel des DGB in Kassel

In wenigen Wochen, vom 25. Juni bis 1. Juli, findet in Westberlin der 9. ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. In der Geschichte des DGB gab es bisher wohl kaum einen Bundeskongreß, der so lautlos vorbereitet wurde. Mit Ausnahme der veröffentlichten Einberufung und Tagesordnung sowie der spärlichen Hinweise vom DGB-Vorsitzenden Helmut Oskar Vetter bei einigen Landesbezirkskonferenzen herrscht Schweigen im Walde. Vetter kündigte an, der Kongreß habe die Schwerpunkte: neues Aktionsprogramm, Probleme der Vermögensbildung und der Bildungspolitik.

Abgesehen von einigen Spekulationen in der Unternehmerpresse hat die Mitgliedschaft bisher keine weiteren Informationen erhalten. Zwar sind mittlerweile die 453 ordentlichen Delegierten und etwa halb so viele Gastdelegierte von den 16 Industrie- und Gewerkschaften gewählt und die Anträge fristgerecht bis zum 25. März eingereicht worden, aber die Mitgliedschaft ist weitgehend uninformiert und hat darum auch wenig Möglichkeiten, über Inhalt und Verlauf des Kongresses mitzubestimmen. Selbst auf den Landesbezirkskonferenzen spielte der DGB-Kongreß kaum eine Rolle.

In Gesprächen mit Gewerkschaftsfunktionären in Betrieben und auf regionaler Ebene ist über diese Art von Geheimdiplomatie des DGB-Bundesvorstandes ein wachsender Unmut zu verspüren. Insbesondere wird kritisiert, daß der bevorstehende Kongreß ein neues Aktionsprogramm beraten soll, ohne daß es vorher im Entwurf in der Mitgliedschaft diskutiert wurde. Da nach Auskunft des Leiters der

DGB-Pressestelle, Walter Fritze, der Vorschlag des neuen Aktionsprogramms als Antrag des Bundesvorstandes gestellt werden soll, ist mit einer Veröffentlichung des Entwurfs erst unmittelbar vor dem Bundeskongreß zu rechnen.

Bei dieser Verfahrensweise haben nicht einmal die antragsberechtigten Organe eine Möglichkeit, zum Inhalt des Aktionsprogramms Vorschläge zu unterbreiten, weil die Antragsfrist bereits abgelaufen ist. Als ein Vertreter der NACHRICHTEN-Redaktion auf der Landesbezirkskonferenz in Husum den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr auf diesen Zustand ansprach, meinte er, auf dem Kongreß könnten ja Initiativvorschläge eingebracht werden. Mit Recht stellte Peter Riemer in der „Holzarbeiterzeitung“ Nr. 4/72 die kritische Frage: „Haben nicht auch die Mitglieder vor dem Kongreß ein Recht, den Inhalt des neuen Papiers (Entwurf des Aktionsprogramms) zu kennen, ihn zu diskutieren und vielleicht selbst noch Vorschläge zu machen?“



arbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und sportlichem Gebiet zum Nutzen beider Seiten voll entfalten. Das ist eine große Chance für die Bundesrepublik und alle Völker Europas. Aber die CDU/CSU will das verhindern. Schon einmal hat die CDU/CSU mit Adenauer an der Spitze eine ähnliche Chance bewußt vertan. 1952, als die Sowjetunion einen Friedensvertrag für ganz Deutschland anbot, torpedierte Adenauer als Kanzler der BRD diesen Friedensplan. Heute will Barzel, die Hand zum Kanzleramt ausstreckend, das gleiche tun.

Mit dem Hinweis auf diese Gefahren soll gleichzeitig die Verantwortung unterstrichen werden, die jetzt besonders die Gewerkschaften tragen. Brandt hat davon gesprochen, im Kampf für die Verträge notfalls die Betriebe zu mobilisieren. Ist das nicht ein Hinweis für die Gewerkschaften, das unverzüglich zu tun? Vetter be-

merkte im Münchener Presseklub dazu, das sei sehr wohl eine Aufgabe der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb sind damit angesprochen und aufgerufen, die Arbeiter und Angestellten für die Ratifizierung zu aktivieren.

Einige Tage vor der Ratifizierung der Verträge im Bundestag findet der 1. Mai statt. Das ist eine große Möglichkeit, in Massenkundgebungen und Demonstrationen der Arbeiter und Angestellten, der Frauen und Jugend den Reaktionen jeder Art den entschlossenen Kampf anzusagen.

Das Rechtskartell, die CDU/CSU schlagen, die Verträge ratifizieren — das ist möglich und real. Im einheitlichen, entschlossenen Kampf kann diese geschichtliche Tat vollbracht werden. Die Gewerkschaften können und sollten dabei einen ehrenvollen Platz einnehmen. Josef Ledwöhn

Auf Grund der Bedeutung des Aktionsprogramms für die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten war in Gesprächen immer wieder verlangt worden, daß der DGB-Kongreß lediglich den Entwurf beschließen soll, um nach einer Diskussion in der Mitgliedschaft den Vorständen der Einzelgewerkschaften, den DGB-Landesbezirken und DGB-Kreisen die Möglichkeit zu geben, Vorschläge einzubringen. Die endgültige Beschlussfassung sollte dann zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Mit einer Diskussion in der Mitgliedschaft würden zugleich auch die Potenzen entwickelt, die erforderlich sind, um die gewerkschaftlichen Forderungen im Kampf gegen die Unternehmer durchzusetzen.

Auch die anderen von Vetter angeführten Schwerpunkte bedürfen einer innergewerkschaftlichen Diskussion. Für die Entwicklung der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften ist es abträglich, wenn z. B. die Mitglieder erst aus der Unternehmerpresse erfahren, daß es in der Frage der Vermögensbildung innerhalb des Bundesvorstandes Meinungsverschiedenheiten gibt, die hinter den Kulissen ausgetragen werden. Der DGB und seine Gewerkschaften haben überhaupt keine Veranlassung, eine öffentliche Debatte zu scheuen. Noch auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß 1971 in Düsseldorf hatte Vetter verlangt „den innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozess anzuregen“. Gleichzeitig sagte er: „Die Demokratie ist — gleich ob in der Organisation oder Gesellschaft — eine ständige Herausforderung an uns.“ Diese Worte wahr zu machen, kann doch nur heißen, breite Kreise der Mitgliedschaft in die Kongreßvorbereitung einzubeziehen.

Nicht zuletzt ist es für Verlauf und Ergebnis des Bundeskongresses eine entscheidende Frage, daß unter dem Druck entsprechender Aktionen der Gewerkschaften die Verträge von Moskau und Warschau vorher ratifiziert werden. Mit einer Politik des Friedens, der Abrüstung und Entspannung, die durch die Ratifizierung möglich wird, ist es auch für die Gewerkschaften wesentlich leichter, die eigenen Forderungen durchzusetzen.

Ein nachahmenswertes Beispiel für derartige Aktionen gab der DGB in Kassel. Dort begann Ende März in allen Betrieben und Behörden eine Unterschriftenaktion für die Ratifizierung der Verträge. Außerdem wurden öffentliche Einzelzeichnungsstellen eingerichtet. Das Ergebnis der Unterschriftensammlung soll auf der Mai-Kundgebung vor dem Kasseler Rathaus bekannt gemacht werden. Überall sollten Aktionen für die Ratifizierung der Ostverträge und gegen die von der CDU/CSU und ihren neonazistischen Hilfstruppen in Gang gesetzte Volksverhetzung im Mittelpunkt der Vorbereitung des DGB-Kongresses stehen und auch den 1. Mai prägen.

Werner Petschick

IG Chemie taktiert defensiv

**Hauenschild will Forderung noch weiter reduzieren
Nur höchste Aktivität kann 8 Prozent durchsetzen**

Einige Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik leisten den Gewerkschaftsmitgliedern in ihrem gegenwärtigen Kampf um höhere Löhne und Gehälter in der chemischen Industrie keine guten Dienste. Bereits die unter Einwirkung des Hauptvorstandes zustande gekommenen Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Gehälter um einen Sockelbetrag von 30 DM plus 5 Prozent (Tarifbezirk Nordrhein) bzw. 5,5 Prozent (Hessen und Rheinland-Pfalz) sind bemerkenswert niedrig ausgefallen und in der Mitgliedschaft auf Kritik gestoßen. Zusätzlich treten der Vorsitzende Karl Hauenschild und der Leiter der Hauptabteilung Tarifwesen, Erwin Grützner, in der Öffentlichkeit mit schädlichen defensiven Erklärungen zur tarifpolitischen Zielsetzung der IG Chemie-Papier-Keramik auf.

Hauenschild erklärte in einem Interview mit dem bürgerlichen „Handelsblatt“ am 20. März, die Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie könnten diesmal nur einen „geringen realen Kaufkraftzuwachs“ erwarten, da der aufgestaute Nachholbedarf in den Jahren 1970/71 gedeckt worden sei. In dem Interview nannte Hauenschild ein Unternehmerangebot von mindestens 4 Prozent eine „erfolgsversprechende“ Ausgangsposition. Die Gewerkschaft erhoffe sich Lohnerhöhungen von „etwas mehr als 6 Prozent“. (Die Forderungen in den genannten Tarifbezirken belaufen sich auf insgesamt etwa 8 bis 8,5 Prozent.)

Grützner schrieb in der März-Ausgabe des IG-Chemie-Organs „Gewerkschaftspost“: „Wenn man berücksichtigt, daß Forderung nicht gleich Abschluß ist, muß man diese Forderung als maßvoll bezeichnen. Es sollte aber auch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Verhandlungsspanne weitaus geringer ist als beispielsweise im Jahre 1971.“

Solche Erklärungen, die selbst bei einer Mini-Forderung von 8 Prozent noch nach unten — und zwar auf die Schiller-Leitlinie von 6 Prozent — orientieren, wirken als Schlag in den Rücken der eigenen Gewerkschaftsmitglieder. Wer auf diese Weise unausgesprochen die Unternehmerbehaftung praktiziert, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik für Stagnation und Preiserhöhungen verantwortlich sei, muß sich von den Gewerkschaftsmitgliedern die Frage gefallen lassen, wessen Interessen er vertritt. Daß es sich dabei nicht um Erklärungen Hauenschilds oder Grützners aus Einsicht in wirtschaftliche Gegebenheiten, sondern offensichtlich um gute Dienste für Minister Schillers Wirtschaftspolitik handelt, geht aus der Feststellung Grützners in demselben Artikel der „Gewerkschaftspost“ hervor, „daß die chemische Industrie im Laufe des Jahres 1971 den überdurchschnittlichen Rückfall gegenüber der gesamten Industrie überwunden hat. Die Zuwachsraten der Produktion und der Auftragseingänge

liegen 1971 deutlich über denen der gesamten Industrie. Die Tendenzen für 1972 deuten in gleicher Richtung.“

An diesen Worten sollten sich die ca. 660 000 Beschäftigten der chemischen Industrie der Bundesrepublik und

Vorbereitung Chemiekongreß

Vom 22. bis 24. März 1972 tagte die 8. ordentliche Bundesindustriegruppenkonferenz für die chemische und mineralölverarbeitende Industrie. Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Karl Hauenschild, beschrieb den 131 Delegierten, die als Vertreter der 660 000 Beschäftigten dieses Industriezweiges in die Stadthalle von Bad Godesberg gekommen waren, die immer stärker werdende Konzentration im Bereich der chemischen Industrie. Während in den Jahren 1963 bis 1967 insgesamt 60 Fusionen stattfanden, wurden bereits 1970 und 1971 69 Fusionen verzeichnet.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen vor allen Dingen die Probleme der diesjährigen Tarifrunde sowie die allgemeine Lage in der chemischen und mineralölverarbeitenden Industrie. In seinem einleitenden Referat wies Industriegruppenleiter Werner Beck auf die überdurchschnittlichen Wachstumsraten sowie die hohen Steigerungen von Produktivität und Umsatz und die günstige Auftragslage gerade dieses Industriezweiges hin.

Das Hauptvorstandsmitglied Erwin Grützner sprach über die Aufgaben in der Tarifbewegung 1972. Unter Berücksichtigung der Streikerfahrungen aus dem vergangenen Jahr wurde deutlich, daß zu erfolgreichen Arbeitskämpfen in der Zukunft auch alle Großbetriebe mit einbezogen werden müssen.

Hart stiegen die Delegierten in die Diskussion ein und forderten, der geschlossenen Kraft der Unternehmer

Westberlins, die mitten im Tarifkampf oder unmittelbar davor stehen, bei ihren Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen orientieren. Die chemische Industrie befindet sich inmitten eines Aufschwungs und kann zahlen!

In den Tarifbezirken Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz, wo die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31. März kündbar waren, herrscht bereits tarifloser Zustand. Für die Bezirke Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordbaden-Württemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern, Westfalen und in Westberlin wurden die Tarifverträge zum 30. April gekündigt. In Bayern und Südbaden sowie im Saarland erfolgen die Kündigungen zum 31. Mai bzw. 31. Juli 1972.

Im Bezirk Nordrhein, wo die Tarifkündigung rund 230 000 Beschäftigte der chemischen Industrie erfaßt, sind gleich die ersten Verhandlungen am 28. und 29. März geplatzt. Die IG Chemie-Papier-Keramik hat daraufhin die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt und die Landesschlichtungs-

auch die geschlossene Kraft der gesamten gewerkschaftlichen Organisation entgegenzustellen. Da die Tarifpolitik sich stärker an den Bedürfnissen der Kollegen im Betrieb orientieren müsse, sei es notwendig, lineare Forderungen zu erheben.

Die Beratungen, die zum ersten Mal in fünf Arbeitskreisen durchgeführt wurden, hatten zahlreiche Anträge für den 9. ordentlichen Gewerkschaftstag, der im September 1972 in Dortmund zusammentritt, zum Ergebnis. So wurde eine tarifvertragliche Vereinbarung gefordert, welche die rechtliche Stellung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben stärken und ihnen einen erweiterten Kündigungsschutz geben soll.

Den Gefahren für die Arbeitsplätze dieses Industriezweiges, die durch technischen Fortschritt und Rationalisierung entstehen, soll durch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter 40 Wochenstunden sowie durch eine Verlängerung des Jahresurlaubes auf sechs Wochen begegnet werden. Die Delegierten forderten die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den multinationalen Konzernen und sprachen sich eindeutig für das Verursacherprinzip im Umweltschutz aus. Sie forderten die Industrie auf, Leistungen auf diesem Gebiet nicht über den Preis einseitig auf die gesamte Bevölkerung abzuwälzen.

In Erfüllung des satzungsgemäßen Auftrages konnte die Konferenz so bereits gute Vorarbeit für den Gewerkschaftstag leisten. Malkomes

stelle angerufen. Springender Punkt war in der Verhandlung die Neuordnung der Lohngruppen. Eine schon 1971 von den Unternehmern eingegangene Verpflichtung, die Lohngruppen von vier auf sechs zu erweitern, war in monatelangen Verhandlungen nicht eingelöst worden. Auch in dem Krefelder Gespräch vom 28. und 29. März weigerten sich die Unternehmer, die Lohngruppenerweiterung mit kostenneutralen Lohnanhebungen vorzunehmen. Hinsichtlich der Geld- und Prozentforderung der Gewerkschaft machten die Unternehmer kein Angebot.

Im Tarifgebiet Rheinland-Pfalz forderte die IG Chemie in Flugblättern die Beschäftigten der chemischen Betriebe auf, sich auf eine Auseinandersetzung mit den Unternehmern einzurichten. „Wir sind überzeugt, daß es eine harte Verhandlungsrunde werden wird“, schreibt die Gewerkschaft in dem von Bezirksleiter Hans Schweitzer unterzeichneten Flugblatt. „Das Verhalten der Arbeitgeber im Jahre 1971 hat gezeigt, daß wir uns grundsätzlich auch auf einen möglichen Arbeitskampf einrichten müssen.“

Statt defensive Erklärungen abzugeben, sollte der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik alle agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen einleiten, um die volle Durchsetzung der niedrigen Forderung von 8 bis 8,5 Prozent sicherzustellen. Um das gesetzte Ziel zu erreichen, ist ein Höchstmaß an Aktivität an der Basis, insbesondere auch in den Großbetrieben der Chemie, erforderlich.

Die von Hauenschild unter Mißachtung der Beschlüsse der bezirklichen Tarifkommissionen, aber in Übereinstimmung mit Prof. Schiller angestrebten 6 Prozent bringen nicht — wie er behauptet — „einen geringen realen Kaufkraftzuwachs“, sondern sie reduzieren die Kaufkraft im Vergleich zum Vorjahr. Ein solches Gefälligkeitsgeschenk an die unternehmerfreundliche und auf den Wahlkampf 1973 orientierte Wirtschaftspolitik Prof. Schillers ist ein zu hoher Preis. Er ginge zu Lasten der Tarifautonomie und des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie. Er ist indiskutabel.

Gerd Siebert

Neue Tarife für den Garten- und Landschaftsbau

Im März wurde zwischen der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und dem Bundesverband Garten- und Landschaftsbau Einigung über einen Tarifabschluß für die rund 40 000 Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereiches erzielt. Rückwirkend ab 1. März 1972 steigen die Löhne um 6,4 Prozent in allen Gruppen. Laufzeit der Lohnverträge ist ein Jahr. Daneben wurden Sparförderungsmaßnahmen neu vereinbart.

Bonn setzt doch Leitlinien!

Konzertierte Aktion im Interesse der Unternehmer IG Chemie-Papier-Keramik im Rückwärtsgang

Am 10. März fand die 24. Sitzung der konzertierten Aktion statt. In einer Mammutrunde von 45 Teilnehmern wurde einmal mehr, diesmal in einer knapp fünfständigen Diskussion, der Versuch gestartet, die gewerkschaftliche Lohnpolitik zu zügeln. Alles deutet darauf hin, daß Unternehmer und Bundesregierung mit dem Auftreten der Gewerkschaftsvertreter vollauf zufrieden sind.

Das „Handelsblatt“ spricht nicht nur von „konzertierten Hoffnungen“, sondern vermerkt zufrieden: „An der Lohnfront hat sich manches geändert“, und es meint: zum Positiven der Unternehmer. In der Parlamentsdebatte über den Jahreswirtschaftsbericht, die nach der konzertierten Aktion stattfand, lobte Minister Schiller die Gewerkschaften wegen ihrer „kostenneutralen Lohnpolitik“ und Bundeskanzler Brandt dankte ihnen für ihr angeblich hohes Maß an Verantwortung, das sie in den letzten Lohnrunden gezeigt hätten.

In der konzertierten Aktion selbst behaupteten Minister Schiller und Notenbankdirektor Irmiler, daß die sich anzeigende günstigere Konjunktursituation vor allem auf die im Vergleich zum Vorjahr halbierte Lohnzuwachsrate zurückzuführen sei. Das heißt aber nichts anderes, als daß hier wieder einmal den gewerkschaftlichen Lohnforderungen die Schuld für die krisenhafte Situation in die Schuhe geschoben wurde. Es wurde nicht bekannt, daß auch nur einer der anwesenden Gewerkschaftsvertreter dieser Behauptung entgegengetreten ist.

Die „Wirtschaftswoche“ hatte am Tag der konzertierten Aktion berichtet, daß zwischen der Führung der SPD und des DGB ein sogenannter Stabilitätspakt existiere, in dem sich führende Gewerkschaftsfunktionäre verpflichtet hätten, an der Lohnfront kurz zu treten. Der Vorsitzende der IG Chemie — Papier — Keramik, Karl Hauenschild, wies diese Behauptung entschieden zurück. Sicherlich existiert ein solcher formeller Pakt auch gar nicht. Aber dennoch sprechen die Tatsachen für sich. Sie beweisen, daß in der Lohnpolitik kurz getreten wird. Besonders deutlich wird dies in der gegenwärtigen Lohnrunde in der chemischen Industrie.

Gegen den Widerstand vieler betrieblicher Gewerkschaftsfunktionäre, die weitaus höhere Forderungen angemeldet hatten, haben die Tarifkommissionen der IG Chemie — Papier — Keramik einen Sockelbetrag von 30 DM und eine weitere Tariflohnerhöhung von 5 bis 5,5 Prozent verlangt. Wer nun annimmt, daß der Vorsitzende der IG Chemie zumindest diese geringe Forderung als einen Auftrag der Mitgliedschaft auffaßt, der mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchgesetzt werden muß, sieht sich getäuscht.

Diese Forderung müßte jetzt überall begründet und ihre Realisierbarkeit nachgewiesen werden, zumal selbst ihre volle Durchsetzung den Beschäftigten in der chemischen Industrie angesichts der nach wie vor hohen Preissteigerungen, der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und der Auswirkungen der Steuerprogression keine Erhöhung der Real-löhne bringt. Eine Woche bevor am 28. März die ersten Verhandlungen beginnen sollten, ließ Hauenschild in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“ erkennen, daß er 1972 etwas mehr als 6 Prozent erhoffe. Mit solchen Erklärungen werden die bezirklichen Tarifkommissionen in eine schwierige Lage gebracht.

Mit Verwunderung kann auch nur zur Kenntnis genommen werden, daß Karl Hauenschild behauptete, in der Lohnpolitik gebe es keinen Nachholbedarf mehr. Das habe man 1970 und 1971 erledigt. Abgesehen davon, daß der Abschluß 1971 keineswegs berauschend war, hebt die Zielprojektion des DGB-Bundesvorstandes ausdrücklich hervor, daß nach wie vor ein beträchtlicher Nachholbedarf besteht, denn von 1967 bis 1971 stiegen die Real-löhne je Arbeiter und Angestellten nur um 24 Prozent, während die realen Gewinne je Selbständigen sich um mehr als 37 Prozent erhöhten. Daraus wird geschlußfolgert, daß die Real-löhne auch in den kommenden Jahren stärker steigen müssen als die Realeinkommen der Unternehmer.

Davon war aber in der konzertierten Aktion nichts zu vernehmen. So zeigen der Verlauf der konzertierten Aktion und vor allem ihre Auswirkungen, daß in dieser Institution den Interessen der Arbeiter nicht nur nicht entsprochen wird, sondern daß sie grüßlich verletzt werden. H. Sch.

Neuer Tarif für Seeleute

Lohnerhöhungen nach Bonner Leitlinie

Dürftige Heuererhöhung nur durch Kampfschlossenheit Mehrzweckinsatz von Seeleuten führt zu Arbeitslosigkeit

Nach einer mehrmonatigen Tarfbewegung in der bundesdeutschen Binnenschifffahrt, die Ende November 1971 begann, fand diese am 17. März dieses Jahres ihren Abschluß. Das Resultat ist recht fragwürdig.

Zwischen den Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und Deutsche Angestelltengewerkschaft sowie dem Verband Deutscher Reeder und Verband Deutscher Küstenschiffer wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Mit Wirkung vom 1. März 1972 werden die Grundheuern bzw. Festheuern um 4 Prozent, mindestens aber 60 DM für Patentinhaber und gelernte Vollgrade, 30 DM für ungelernete Vollgrade (einschließlich Matrosen ohne Brief und Leichtmatrosen) und 20 DM für Junggrade erhöht. Für einige Beschäftigtengruppen ergeben sich bis zu 7,5 Prozent Heueranstieg. Ferner wurden Regelungen über die Einführung einer Seemannsrente, einer Heuertafel für die „Mittlere Fahrt“ und den Mehrzweckinsatz von Besatzungsmitgliedern getroffen.

Während die DAG den Standpunkt vertrat, hinsichtlich der ungünstigen Lage in der Seeschifffahrt (Ausflagen der Schiffe, Schiffsverkäufe, stillgelegte Tonnage) den Heuertarifvertrag nicht zu kündigen, beschloß die Tarifkommission der OTV-Gewerkschaft die Kündigung und forderte die Anhebung der Heuern um 10 Prozent. Die Reeder setzten ihre Null-Prozent-Taktik dagegen. Nur der Kampfschlossenheit der Seeleute ist es zu verdanken, daß der bescheidene Abschluß zustande kam. In zahlreichen Resolutionen, die an Bord, auf Seeleuteversammlungen in den Häfen und an Schiffschulen verfaßt wurden, unterstrichen die Seeleute ihren Willen, für die Erhöhung ihrer Heuern zu kämpfen.

Ein auf 23 Schiffen in den Häfen Rotterdam, Bremen, Bremerhaven und Hamburg gleichzeitig durchgeführter Warnstreik machte den Reedern die Entschlossenheit der Schiffsbesatzungen deutlich. Drohungen, fristlose Entlassungen und andere Repressalien konnten die Seeleute nicht einschüchtern. Auch die Gewerkschaft OTV orientierte auf Streik. Ganz plötzlich erfolgte dann die Schwenkung auf abermalige Verhandlungen, die dann das genannte Resultat hatten.

Die Seemannsrente wurde zur Überbrückung der Zeit zwischen dem 58. Lebensjahr und dem ersten Empfang des gesetzlichen Altersruhegeldes eingeführt. Dagegen sind zwei Ergebnisse dieser Tarfbewegung als Siege der Reeder zu werten. So bringt die Einführung der Heuertafel für die

„Mittlere Fahrt“ zum Teil empfindliche Verringerungen der Heuern, und zwar von 250 DM und mehr. Dies betrifft Schiffsoffiziere auf Schiffen bis zu 1600 BRT. Die Verschlechterung wird solange nicht wirksam, wie die Betroffenen nicht das Schiff wechseln. Steigt jedoch ein Nautiker oder Ingenieur auf ein anderes Schiff um, werden die neuen Heuersätze und damit die Einbußen wirksam.

Von noch größerer Tragweite ist die Vereinbarung zwischen OTV und DAG und den Reederverbänden über den Mehrzweckinsatz von Besatzungsmitgliedern. Wie sich diese Regelung auswirkt, zeigt das Beispiel des HAPAG-Lloyd-Frachters „Erlangen“. Dieser Frachter, der erstmalig mit einer Mehrzweckbesatzung auf Fahrt ging, beschäftigt statt bisher 36 Mann Besatzung nur noch 25. Die enorme Heuereinsparung für die Reeder, die sich aus dieser Rationalisierung ergibt und durch den Heuerzuschlag von 15 Prozent nicht wettgemacht wird, dürfte eine wahre Springflut von Entlassungen in der Seeschifffahrt zur Folge haben. Schon jetzt gibt es rund 2500 arbeitslose Seeleute. Mit dem Tarifvertrag über den Einsatz von Mehrzweckbesatzungen haben die Gewerkschaften praktisch grünes Licht zum Abbau der Besatzungsstärken gegeben.

Ein anderes Problem, das in den bundesdeutschen Seehäfen eine wichtige Rolle spielt und im übrigen Bundesgebiet kaum bekannt ist, ergibt sich aus der Flucht der Reeder in sogenannte Billigflaggenländer wie Panama, Liberia, Zypern. Diese Länder gewähren den Reedern enorme Steuervergünstigungen. Außerdem werden für diese Schiffe Seeleute von den Philippinen, aus Indonesien, Pakistan, den Gilbert-Inseln und anderen Teilen der Welt zu wahren Sklaveneuern zwischen 150 und 200 DM angemustert. Diese Seeleute erhalten z. B. Überstundenzahlungen zwischen 88 Pfennig und 1 DM.

Während also die Reeder ihre Gewinne auf vielfältige Weise — aber immer auf Kosten der Seeleute — steigern, sind die Kapitäne, Schiffsoffiziere und Besatzungsmitglieder in eine schwierige Situation gekommen. Zweifellos läßt sie sich nur in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft meistern. Seitens der Gewerkschaft ist jedoch ein entschiedenes

Nach Mitteilung des DGB konnten im März 1972 für rund 470 000 Arbeiter und Angestellte die Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 6,6 Prozent erhöht werden. Im gesamten 1. Quartal 1972 beliefen sich die vereinbarten Tarifierhöhungen ebenfalls auf 6,6 Prozent für insgesamt 5,2 Millionen Beschäftigte.

Damit liegen die Lohn- und Gehalts erhöhungen seit Jahresbeginn praktisch genau auf der Linie der von Wirtschaftsminister Schiller und der gesamten Bundesregierung ausgegebenen Leitlinie von 6 bis 6,5 Prozent für 1972. Da die Steigerungssätze für Preise, Sozialabgaben und Lohnsteuerprogression mit den vereinbarten Tarifierhöhungen bei Löhnen und Gehältern nahezu identisch sind, kann von einer Verwirklichung der gewerkschaftlichen Zielsetzung in der diesjährigen Lohnpolitik nicht gesprochen werden, wenn das Steuer nicht sofort herumgeworfen wird. Bekanntlich hatte der DGB in seiner Zielprojektion für 1972 die Steigerung der Reallöhne um 4 Prozent für notwendig erklärt, um die abhängig Beschäftigten am wachsenden Wirtschaftsertrag zu beteiligen. Damit 4 Prozent reale Steigerung der Löhne und Gehälter übrig bleiben, müssen angesichts der Preis- und Steuererhöhungen Lohn- und Gehaltserhöhungen von 11 bis 12 Prozent durchgesetzt werden.

Der DGB leistet sich, den Gewerkschaften und den abhängig Beschäftigten einen Bärendienst, wenn er die geringen Steigerungssätze bei Löhnen und Gehältern so kommentiert: „Die Gewerkschaften haben sich bei ihren letzten Tarifabschlüssen durchaus stabilitätsfördernd verhalten.“ (DGB-Nachrichtendienst vom 30. März 1972).

Der DGB selbst hat in der Vergangenheit oft genug und sehr zu recht festgestellt, daß Lohnpolitik kein Mittel der Konjunkturpolitik sein könne. Mit Lohnverzicht lasse sich keine Wirtschaft ankurbeln. Das Gegenteil sei der Fall; kräftige Einkommenssteigerungen der Arbeiter und Angestellten würden über vermehrte Kaufkraft zur Konjunkturbelebung beitragen. Sb.

Engagement für die Interessen der Seeleute erforderlich. Die Pläne der Reeder, durch billige ausländische Arbeitskräfte die Heuern der deutschen Seeleute zu drücken bzw. diese von Bord zu drängen, müssen mit erhöhten Anstrengungen für die gewerkschaftliche Organisation auch der ausländischen Seeleute beantwortet werden.

- je -

„Notfalls auf die Straße“

Textil- und Bekleidungsarbeiter fordern 45 Pf mehr — Auch andere Forderungen — Zweckpessimismus der Unternehmer

Nach den Tarifikündigungen für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie, die in den nächsten Wochen für die noch ausstehenden Bezirke termingemäß fortgesetzt werden, haben die ersten Verhandlungen zwischen der zuständigen Gewerkschaft und den Unternehmervertretern stattgefunden. Wie dazu aus Gewerkschaftskreisen bekannt wurde, handelt es sich um erste Informationsgespräche, in denen allerdings schon deutlich wurde, daß die Unternehmer nicht gewillt sind, die gestellten Forderungen ohne weiteres zu erfüllen.

Wie immer wird eine angeblich ungünstige wirtschaftliche Lage vorgeschoben, eine ebenso bekannte wie billige Ausrede. Auf diese Weise versuchen die Unternehmer Zeit zu gewinnen und Sorge um den Arbeitsplatz zu verbreiten. Angesichts dieser wiederholt praktizierten Methode haben Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaft Textil — Bekleidung von Nordrhein in einer Funktionärskonferenz in Düren von ihren Vertretern in der Verhandlungskommission gefordert, sich schon bei dem ersten Gespräch auf kein Wortgeplänkel einzulassen und jeweils konkrete Ergebnisse mitzubringen.

Im Tarifbezirk Nordrhein ist die Lohnrunde vorbelastet durch eine bei der letzten Tarifaufeinandersetzung nicht erfüllte Forderung nach Einführung eines neuen „Tarifgitters“: die Neugestaltung und Neubewertung der Tätigkeitsgruppen zu einem neuen Lohnschema. Die Verhandlungen laufen seit Jahren und sollen in diesem Jahr endgültig zum Abschluß kommen. Diese neue Lohngruppeneinteilung soll die effektive Wirkung der erzielten Lohnerhöhungen gewährleisten. In der Vergangenheit kam es dieserhalb nach jedem Tarifabschluß zu unliebsamen Auseinandersetzungen in den Betrieben.

Die Effektivwirkung von Lohnerhöhungen wird für die Textil- und Bekleidungsarbeiter immer mehr zu einer Existenzfrage, denn ihre Löhne gehören trotz Tätigkeit an hochmodernen und teuren Maschinenanlagen zu den niedrigsten. Legt man beispielsweise den durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von 5,66 DM für einen Textilarbeiter zugrunde, so ergibt sich bei einer 40-Stunden-Woche (oder monatlich rund 175 Stunden) ein Bruttoeinkommen von 990,50 D-Mark; ein Bekleidungsarbeiter mit einem Durchschnittslohn von 5,15 DM erhält nur 901,25 DM brutto. Beide Einkommen liegen beträchtlich unter dem Mindesteinkommen für eine vierköpfige Familie, das vom Allensbach-Institut nach einer Repräsentativumfrage mit 1113 DM errechnet wurde.

Es ist daher logisch, daß sich die Gewerkschafter nach einer von der Gewerkschaft Textil — Bekleidung gestarteten Befragung, welcher unter

vier Forderungen sie den Vorrang geben, für die Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter entschieden haben. Die geforderten 45 Pfennig pro Stunde und eine entsprechende Gehaltserhöhung sind dabei das mindeste, was verlangt wird. Zur Durchsetzung sind sie bereit, die gleichen Kampfmaßnahmen wie in der vorherigen Lohnbewegung anzuwenden. „Notfalls gehen wir auf die Straße“, erklärte ein Betriebsratsmitglied in der Dürener Funktionärskonferenz.

HBV bleibt hartnäckig

Bank- und Versicherungsangestellte fordern Gehaltserhöhung

Die Tarifverhandlungen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen für die 270 000 Bankangestellten und 185 000 Versicherungsangestellter haben bis Anfang April noch zu keinem Ergebnis geführt. Die zuständigen Unternehmensverbände haben sich bislang geweigert, ein akzeptables Angebot zu machen. Im Bankgewerbe sind die Tarifverträge Ende Februar und im Versicherungswesen Ende März abgelaufen.

Die HBV-Gewerkschaft hatte im Bankgewerbe nach einer Mitgliederbefragung folgende Forderungen erhoben: strukturelle Korrektur der Tarife und Gehaltserhöhung um 8,5 Prozent, Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden, Vereinbarung eines Mindesturlaubs von 25 Arbeitstagen ab 1972, kostenneutrale Absicherung eines Monatsgehalts als Weihnachtsgeld, Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Sparförderung nach dem 624-DM-Gesetz und Einführung eines bezahlten Bildungsurlaubs.

In dem letzten Tarifgespräch am 29. März war die Gewerkschaft mit der Gehaltsforderung auf 7,5 Prozent heruntergegangen. Der Verband des privaten Bankgewerbes und die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten boten eine Gehaltsanhebung um 6,5 Prozent. Zu einer Verbesserung der Tarifstruktur und Verwirklichung der übrigen HBV-Forderungen waren die Unternehmer jedoch nicht bereit, auch nicht, soweit die Maßnahmen kostenneutral realisierbar sind.

Die Gewerkschaft nannte neben der Erhöhung der Gehälter als Ziel der

Die Gewerkschaft Textil — Bekleidung hat wiederholt nachweisen können, daß die wirtschaftliche Lage sehr gut ist, nicht nur für die Textil-, sondern auch für die Bekleidungsindustrie, für die der Monat Januar 1972 neue Rekordegebnisse an Auftrags-eingängen brachte. Bei einem Jahresumsatz von 26 Milliarden DM in der Textilindustrie betrug die Gewinnsteigerung im vergangenen Jahr 400 Millionen DM, in der Bekleidungsindustrie bei einem Jahresumsatz von 15,3 Milliarden rund 200 Millionen DM, bei gleichzeitigem Rückgang der Beschäftigtenzahlen.

Die Zahlung der geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen ist möglich. Es vergeht kein Monat, in dem nicht neue Preiserhöhungen für lebenswichtige Güter erfolgen. Die Textil- und Bekleidungsarbeiter wollen keine Wohlfahrtsempfänger sein. Sie leisten gute Arbeit, schaffen gute Gewinne für die Unternehmer und haben Anspruch auf eine dementsprechende Entlohnung. J. Sbosny

bisherigen Tarifbewegung die Reform der Tarifstruktur, wozu die Neueinteilung in neun tätigkeitsbezogene Vergütungsgruppen und die Verbesserung des sogenannten Gehaltsrasters gehört, die sich mit einer durchschnittlichen Einkommensaufbesserung von 2 Prozent auswirken soll. Obgleich die Banken 1971 aufgrund mangelnder Einigung von sich aus die Gehälter der Angestellten erhöht hatten und mit der Gewerkschaft HBV kein Tarifvertrag zustande gekommen war, will die Gewerkschaft auch in dieser Tarifbewegung hartnäckig bleiben und die gesteckten Ziele durchsetzen.

Für die Beschäftigten bei den Versicherungen hat die Gewerkschaft HBV eine Erhöhung der Gehälter um 9 Prozent (DAG um 8,5 Prozent) gefordert, ferner die gleichen Verbesserungen in den übrigen Bereichen wie für die Bankangestellten. Auch in dieser Branche kam es zu keiner Einigung. Eine Mitgliederbefragung hatte die Erhöhung der Gehälter als vordringlichstes Anliegen der Versicherungsangestellten erwiesen. -ert

Einheit gegen Monopole

Kapitalkonzentration und gewerkschaftliche Gegenmacht Wichtiger Diskussionsgegenstand des 9. DGB-Kongresses

„Wir müssen auf gewerkschaftlicher Seite neue Formen der internationalen Zusammenarbeit suchen. Dies wird mit Sicherheit eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre sein. Mit der von Jahr zu Jahr anwachsenden Macht großer Unternehmen und Konzerne wird es zugleich immer dringlicher, die Politik dieser Unternehmen der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen.“ Mit diesen Sätzen umriß der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz O. Vetter, in einem Referat, das er auf der DGB-Landesbezirkskonferenz in Stuttgart hielt, eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften in der Bundesrepublik.

In der Tat hat sich im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution ein weltweiter Prozeß wirtschaftlicher Verflechtungen entwickelt. Es entstehen neue, die bisherigen Größenordnungen weit übertreffende mächtige Konzerngruppen über die nationalen Grenzen hinweg. Daß in den letzten Jahren die Diskussion über die Gefahren der internationalen Machtkonzentration der Konzerne und die sich daraus ergebenden gewerkschaftlichen Aufgaben in der Arbeiterschaft lebhafter geworden ist, hat also durchaus seinen Grund.

In zahlreichen Beschlüssen und Resolutionen wird die Forderung nach gemeinsamen Maßnahmen aller Gewerkschaften gegen die multinationalen Konzerne erhoben und werden weitgehende Kontrollen und Mitbestimmungsrechte für die Arbeiter verlangt. Otto Brenner, der Vorsitzende der IG Metall, hat im März 1971 auf einem Seminar den Standpunkt seiner Gewerkschaft unterstrichen, daß die Gewerkschaften sich nicht gegen größere Wirtschaftseinheiten wenden, aber den Aufbau neuer „Machtzentren des Kapitals“ entschieden ablehnen. Auch Otto Brenner forderte einen Ausbau der Fusionskontrolle sowie wirksame Mitbestimmungsrechte, um Machtmißbrauch der internationalen Konzerne und Monopole zu verhindern.

Die Gefahren dieser Entwicklung — und das ist für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik außerordentlich wichtig — zeigen sich ganz besonders in der Kapitalkonzentration im EWG-Bereich. Es ist durchaus richtig, wenn Vetter die Befürchtung ausspricht, daß sich die EWG bisher lediglich „als geeigneter Rahmen für Unternehmenskonzentration erweist“ und damit die Arbeiter und Angestellten in noch größere wirtschaftliche Abhängigkeit bringt.

Wie zu erfahren war, liegen dem 9. DGB-Kongreß in Westberlin einige Anträge vor, die sich mit dem Problem der multinationalen Kapitalkonzentration befassen. Sie haben aber im wesentlichen die Tendenz, durch Reformen den Prozeß der Integration „sozialer“ zu gestalten, und sie wenden

sich dementsprechend an die Körperschaften der EWG. Hier scheint der Ausgangspunkt insofern falsch zu sein, als man, was die EWG betrifft, von der Illusion ausgeht, es handle sich um den Beginn einer Integration der Völker Europas. Tatsächlich aber ist die EWG unter den Bedingungen des Kapitalismus nichts anderes als ein unternehmerischer Zweckverband.

Der Aufbau einer gewerkschaftlichen Gegenmacht mit dem Ziel der Kontrolle der multinationalen Konzerne durch die Gewerkschaften ist nur möglich bei einer europäischen Zusammenarbeit aller Gewerkschaften, gleich welche gesellschaftspolitische Richtung ihrer Arbeit zugrunde liegt. Es kommt darauf an, die ideologischen Schranken zwischen den europäischen Gewerkschaften zu beseitigen. Bleibt die Zusammenarbeit der Gewerkschaften hinter der internationalen Konzen-

tration der Monopole zurück, wird deren Macht immer stärker werden.

Mehr noch als bisher muß der Zustand überwunden werden, daß die nationalen Gewerkschaftsbünde ausschließlich die Lösung eigener sozialer und gesellschaftlicher Probleme versuchen. Man muß dem DGB-Vorsitzenden Vetter recht geben: Die Gewerkschaften müssen sich der Herausforderung der multinationalen Konzerne stellen. Anders wird es nicht möglich sein, die Macht der Konzerne zurückzudrängen und die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten über die nationalen Grenzen hinaus auszuweiten.

Dabei ist die dringlichste Aufgabe, Bündnisse zu schaffen zur Vorbereitung und Durchführung multinationaler Aktionen. Die Gewerkschaften müssen in Zukunft damit rechnen, daß sich für sie über die nationalen Grenzen hinaus immer mehr Probleme ergeben, beispielsweise aufgrund von Produktionsverlagerungen oder Lohnbewegungen in den europäischen Konzernen und Aktiengesellschaften.

Die Diskussion dieser internationalen Aufgaben muß den 9. DGB-Kongreß in Berlin in hervorragender Weise beschäftigen. Die Gründung des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften (EBFG) ist gewiß ein wichtiger Schritt, aber er genügt nicht. Ohne die Zusammenarbeit aller europäischen Gewerkschaften und darüberhinaus die Zusammenarbeit in der Weltgewerkschaftsbewegung kann ein aussichtsreicher Kampf gegen die multinationalen Konzerne und Monopole nicht geführt werden. H. S.

Für Sicherheit und Entspannung

4. ordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB Saar

50 Delegierte der 4. ordentlichen Landesbezirkskonferenz des DGB im Saarland entschieden im Auftrag von rund 150 000 Mitgliedern über 149 Anträge und 16 Entschlüsse. Im Inhalt dieser Anträge und Entschlüsse sind die eigentlichen gewerkschaftlichen Aktivitäten im Saarland spürbar, was weit weniger von der Landesbezirkskonferenz gesagt werden kann.

Es spricht für die politische Klarheit der werktätigen Frauen im Saarland, wenn der DGB-Landesbezirksfrauentauschuß im ersten Antrag, der der Konferenz vorlag, fordert: „Die DGB-Landesbezirkskonferenz begrüßt die Verträge von Moskau und Warschau und fordert Bundesrat und Bundestag auf, diese Verträge unverzüglich zu ratifizieren.“

In der Diskussion schieden sich die Geister: Günther Schacht, CDU-Landtagsabgeordneter und hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, betätigte sich vergeblich als kalter Krieger. Demagogisch versuchte er Antrag 1 vom Tisch zu bekommen. Umsonst: Einstimmig forderten die Delegierten den DGB-Landesbezirksvorstand auf, die Bundesregierung zu beeinflussen, daß sie unverzüglich einer europäischen Sicherheitskonferenz ihre Zustimmung gibt und alles unternimmt, um das Zustandekommen einer solchen Konferenz zu erleichtern.

Andere Willensbekundungen befaßten sich mit Kontakten zu politischen Parteien, der Verkürzung der Wehrdienstzeit, Bildungs- und Ausbildungsproblemen, der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, der Solidarität mit ausländischen Kollegen, der Beendigung des Krieges in

Schwaches Niveau im Norden

Landesbezirkskonferenz Nordmark: Keine Zeit für Diskussion Für Ostverträge und europäische Sicherheitskonferenz

Alle mußten sie reden, ob nun CDU-Sozialminister Claussen von der Landesregierung Schleswig-Holstein, die Herren von den Parteien, der Vertreter der „Neuen Heimat“ oder der Pastor und der Konteradmiral: 13 Begrüßungsreden wurden auf der 9. ordentlichen Landesbezirkskonferenz des DGB Nordmark am 17. und 18. März in Husum gehalten. Letztlich blieb nur Zeit für sechs Diskussionsreden, und die rund 60 Anträge und 15 Entschlüsse mußten zum Schluß der Konferenz in 1½ Stunden in einer geradezu abenteuerlichen Hatz über die Bühne gejagt werden.

Dieser Ablauf der Landesbezirkskonferenz Nordmark entsprach schon im äußeren Bild dem gewerkschaftspolitisch nicht sehr gehaltvollen Niveau des Schleswig-Holstein, Hamburg und einige Landkreise Niedersachsens umfassenden nördlichen Bezirks des DGB. Dagegen enthielten die Ausführungen des Landesbezirksvorsitzenden Jan Sierks und des Mitglieds des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Franz Woschek realistische, nach vorn weisende gewerkschaftspolitische Aussagen. Ebenso orientierten auch einige Beschlüsse auf eine aktive Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten.

Auch heute sei die Teilung der bundesdeutschen Gesellschaft in verschiedene Klassen mit verschiedenen Interessen die mehr oder weniger bewährte Grundlage des Gesellschaftsbildes der Arbeiterschaft, sagte Sierks. Er bedauerte, daß die „vorhandenen Klasseninstinkte“ bei allzu vielen nicht

die höhere Form des Bewußtseins erreicht hätten. „Zwölf Jahre Volksgemeinschaftspropaganda und weitere 25 Jahre ideologische Irrfahrten ‚im gemeinsamen Boot‘ haben dieses Bewußtsein nur bei einer Minderheit, den Wachsamsten und Kritischsten unter uns, erhalten.“

Franz Woschek vom DGB-Bundesvorstand sprach hinsichtlich der Aktionen und Verhaltensweisen der Unternehmer, angesichts der Ausspernungsmaßnahmen, der Preissteigerungen und der Unternehmerpropaganda gegen die Gewerkschaften von einem „geplanten und brutalen Klassenkampf gegen die Arbeitnehmerschaft von oben“. Er unterstrich „in aller Deutlichkeit“, daß nach Meinung der DGB-Gewerkschaften „die Steigerung der Massenkaufkraft im Inland durch eine aktive Lohn- und Tarifpolitik eines der wichtigsten Mittel ist, ein stetiges Wirtschaftswachstum und eine stabile Lage zu erreichen“.

Indochina, sowie der Aufnahme von Kontakten zu Gewerkschaften sozialistischer Staaten auf der Ebene ehrenamtlicher Funktionäre. In die gleiche Richtung geht auch ein Antrag, in dem die Zusammenarbeit mit allen europäischen Gewerkschaften verlangt wird.

Zwei Entschlüsse richten sich gegen die zunehmende Tätigkeit der NPD und der „Aktion Widerstand“ in der Bundesrepublik. Wörtlich heißt es: „Alle Verantwortlichen werden aufgefordert, diesen Gruppierungen, wenn es sein muß, durch Verbot das Handwerk zu legen.“

Dr. Wehner von der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand übte Kritik an der konzertierten Aktion und an den Schillerschen Orientierungsdaten. Seine merkwürdige Meinung: „Für 1972 ist die Tarifentwicklung weitgehend gelaufen. (!) Um so mehr kommt es darauf an, daß im nächsten Jahr die Löhne den Anschluß an die Gewinne nicht verpassen.“

Der bisherige Landesbezirksvorsitzende Leo Moser wies in Ergänzung des schriftlich vorgelegten Geschäftsberichts 1969/71 darauf hin: „Demokratische Ordnung ist nur dann möglich, wenn die Arbeiter ihr Schicksal selbst bestimmen.“ Moser appellierte an alle Delegierten, gewerkschaftliche Ziele kämpferisch durchzusetzen.

Abschließend wählten die Delegierten den neuen DGB-Landesbezirksvorsitzenden: Von 47 abgegebenen Stimmen erhielt Manfred Wagner, Industriekaufmann aus Brebach-Feddingen, Landtagsabgeordneter der SPD, 35 Ja-Stimmen. Weitere neue hauptamtliche Vorstandsmitglieder sind: Engelbert Wilden, bisher Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall, Verwaltungsstelle Saarbrücken, und Theo Schuler, bisher zuständiger Sekretär für Beamten- und Angestelltenarbeit beim DGB-Landesbezirk.

In einem Pressegespräch betonte Wagner, an der Saar werde künftig „sozialpolitisch eine schärfere Gangart“ eingelegt. Hans S. Klauack

Woschek wandte sich mit scharfen Worten gegen die Verketzerung der Verträge von Moskau und Warschau durch die CDU/CSU. „Eine Ablehnung der Ostverträge würde eine neue Phase des kalten Krieges einleiten“, sagte Woschek und betonte die Unterstützung der Verträge durch den Gewerkschaftsbund.

In diesem Sinne faßte die Landesbezirkskonferenz zwei Beschlüsse. Ein-

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

stimmig und mit Beifall wurde folgende Entschlüsse angenommen: „Die Landesbezirkskonferenz unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, Voraussetzungen für einen sicheren Frieden in Europa zu schaffen. Die Ratifizierung der Verträge mit Moskau und Warschau muß daher eine vordringliche Aufgabe sein.“ In dem weiteren Beschluß wird die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz verlangt.

Während in einer Entschlüsse der Bundesregierung bescheinigt wird, sie habe es verstanden, „einer wirtschaftlichen Rezession entgegenzuwirken“, billigt ein anderer Antrag die Mitarbeit des DGB in der konzertierten Aktion, die „noch kritischer als bisher zu gestalten“ sei. Richtlinie für die Mitarbeit in der Schiller-Runde müsse die Zielprojektion des DGB sein.

Mit weiteren Beschlüssen äußerte sich die Landesbezirkskonferenz zu Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, der Bildungspolitik, der Gesundheitsfürsorge und der ausländischen Arbeiter. Sie forderte eine Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes sowie die Schaffung eines gemeinsamen Dienstrechts für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst.

Es wird zweifellos großer gewerkschaftlicher Aktivität bedürfen, um jene Beschlüsse, die im Interesse der Arbeiter und Angestellten liegen, zu verwirklichen. Im Kampf um die Realisierung dieser Beschlüsse wird es dem DGB-Landesbezirk Nordmark gewiß auch gelingen, in Aussage und Aktivität Anschluß an die Gesamtorganisation zu finden. G. S.

Grundsatzprogramm attackiert

soziale Leistungen und sichere Arbeitsplätze.

Widersprüchliche Aussagen zum Gemeineigentum Zu einem Artikel im DGB-Organ „Welt der Arbeit“

Am 25. Februar 1972, demselben Tag, an dem der DGB-Vorsitzende Helnz O. Vetter auf der 9. ordentlichen Landesbezirkskonferenz des DGB in Nordrhein-Westfalen die Überführung der Energiewirtschaft in Gemeineigentum und ein geschlossenes Energieprogramm der öffentlichen Hand forderte, nimmt W. Wihler den großartigen Erfolg der britischen Bergarbeiter zum Anlaß, um in der „Welt der Arbeit“ auf der ersten Seite unter der Überschrift „Das Ende eines Irrglaubens — Sozialisierter Bergbau“ einen Angriff gegen die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmungen in Gemeineigentum zu starten. Er attackiert eine entscheidende Aussage des DGB-Grundsatzprogramms, das nicht nur die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zur „Kontrolle der wirtschaftlichen Macht“ als notwendig erachtet, sondern das Gemeineigentum auch als Lenkungs- und Steuerungsmittel der Wirtschaft betrachtet. Deshalb wird gefordert, den öffentlichen Besitz an wirtschaftlichen Unternehmen zu erhalten und auszuweiten und zu einem sinnvollen System öffentlicher und öffentlich gebundener Unternehmen weiterzuentwickeln.

Der außerordentliche DGB-Kongreß 1963 hatte den Abschnitt „Öffentliche und freie Gemeinwirtschaft“ nicht nur gegen den Widerstand des damaligen Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber, und seiner Freunde durchgesetzt, sondern auch dessen Interpretation zurückgewiesen.

Wihler stützt sich bei seiner Argumentation nicht auf die der Mehrheit des Kongresses, sondern wiederholt zum Teil fast wörtlich die Argumente, die die Gegner des Gemeineigentums vorbrachten, allen voran Georg Leber in seinem Referat „Unser Weg“ auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden 1963. 1960 hatte der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner die Beseitigung der privaten wirtschaftlichen Machtpositionen gefordert, „von denen schon so oft ein unheilvoller Einfluß auf die deutsche Politik ausgegangen ist“. Brenner meinte, daß mit der Überführung wichtiger Industriebetriebe in Gemeineigentum die Voraussetzung „für eine planmäßige Lenkung des Wirtschaftsablaufes im Interesse der Gesamtheit“ geschaffen werde.

Wihler versucht seine Auffassungen damit zu rechtfertigen, daß er den Befürwortern des Gemeineigentums Auffassungen unterstellt, die diese niemals geäußert haben. So behauptet er, daß in der Bundesrepublik noch viele der Illusion anhängen, „mit der Sozialisierung eines Wirtschaftszweiges seien für die Arbeitnehmer die Knoten aller Probleme aufgelöst“ und „die Probleme fast automatisch“ gelöst. Nun haben die Anhänger des Gemeineigentums niemals die Auffassung vertreten, daß mit der Überführung eines Wirtschaftszweiges allein, aber auch nicht der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum alle Probleme gelöst seien. Zum gewerkschaftlichen Selbstverständnis gehörte stets die Auffassung, daß Gemeineigentum gepaart sein muß mit demokratischer Planung und Mitbestim-

mung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.

Ohne demokratische Verwaltung der Wirtschaft und ihre Planung, ohne breite demokratische Beteiligung der Arbeiter und Angestellten sowie der Gewerkschaften bei der Aufstellung des Plans und seiner Kontrolle ist staatliches Eigentum noch kein Gemeineigentum. In Gemeineigentum überführte Unternehmen müssen selbstverständlich für die Arbeiter und Angestellten eine bessere Lebenslage erbringen, höhere Löhne, bessere

Aktionsprogramm diskutieren

Ich begrüße die Aussage des DGB-Vorsitzenden Vetter auf der DGB-Landesbezirkskonferenz in Stuttgart, daß der bevorstehende Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes u. a. ein neues Aktionsprogramm verabschieden soll. Zu bemängeln habe ich allerdings, daß die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben nicht frühzeitig an der Diskussion um Inhalt und Form unseres Forderungsprogramms beteiligt werden. Wenn das Aktionsprogramm neue Impulse auslösen soll für gewerkschaftliche Aktionen, muß doch vorher die Mitgliedschaft an dem Zustandekommen eines so wichtigen Dokumentes mitwirken können.

Was soll das Programm enthalten? Natürlich unsere lohnpolitischen und gesellschaftspolitischen Forderungen, aufgebaut auf den Voraussetzungen, die aus der Entwicklung in unserer Zeit entstanden sind. Darüber hinaus bin ich stark interessiert an Fragen, die den Umweltschutz betreffen und die auch in dem neuen Aktionsprogramm einen Niederschlag finden sollen. Als Anwohner des Bodensees und Gemeindevertreter einer Bodensee-Stadt ist das gewiß verständlich.

Wenn in Großbritannien, wie Wihler berichtet, die Kumpel von der Spitze der Lohnskala in deren unteres Drittel abrutschten, dann stellt Wihler das Gemeineigentum sofort als Illusion hin. Er fragt nicht, ob mit der formellen Nationalisierung bereits den Vorstellungen entsprochen wurde, wie sie im Grundsatzprogramm enthalten sind. Wihler meint, daß durch Nationalisierung des Bergbaus der Anpassungsprozeß der Kohle nicht aufgehoben worden wäre. Es ist gar nicht Aufgabe der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Änderungen der Energiestruktur aufzuhalten oder den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu bremsen, sondern in planmäßige Bahnen zu lenken zum Vorteil der arbeitenden Bevölkerung und sie nicht auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten auszutragen.

Wenn im englischen Kohlenbergbau innerhalb von zehn Jahren 370 000 Bergarbeiter wegrationalisiert wurden, dann handelt es sich um eine Nationalisierung des Bergbaus, die im Interesse des Großkapitals, nicht aber im Interesse der Arbeiterklasse durchgesetzt wurde.

Wihler hat vom Gemeineigentum so primitive Vorstellungen, daß er unterstellt, daß durch einen Regierungswechsel „die enteigneten Privatbesitzer eines Wirtschaftszweiges oder sonstige Gegner jeglicher Sozialisierung über demokratische Parteien die

Ich bin mit Vetter der Meinung, daß ein Aktionsprogramm der siebziger Jahre die Probleme der Wohn- und Umweltbedingungen nicht ignorieren kann. Zwanzig Jahre lang haben die CDU/CSU-Regierungen diese Probleme sträflich vernachlässigt, und umso notwendiger sind gewerkschaftliche Forderungen nach einer Gesetzgebung, die die Verursacher der Umweltverschmutzung — und das ist die Industrie — mit harten Strafen belegt. Weiter bin ich der Meinung, daß die Kosten aller Umweltschutzmaßnahmen von denen getragen werden müssen, die aus Gewinnsucht Maßnahmen unterlassen, die sie in ihren Betrieben vorzunehmen haben, um zu verhindern, daß durch schädliche Abfallstoffe Luft und Wasser verunreinigt werden.

Ich wende mich dagegen, daß der Steuerzahler die Kosten für den Umweltschutz tragen soll. Und wenn ich Umweltschutz sage, meine ich damit alles: Naturschutz, Gewässerschutz, Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung.

A. Vogler,
1. Bevollmächtigter der IG Metall,
Ortsverwaltung Friedrichshafen

III. Bundeskongreß der SDAJ

„Fünf Grundrechte der Jugend“ einmütig beschlossen Die demokratische Jugend diskutierte ihre Probleme

107 Lehrlinge, 201 Arbeiter und Angestellte, 71 Schüler, 36 Studenten und acht Selbständige berieten von Karfreitag bis Ostersonntag in der Stuttgarter Liederhalle auf dem III. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) über die nächsten Aufgaben ihres Jugendverbandes. Die Delegierten kamen aus 239 Gruppen und Ortsverbänden und vertraten ca. 24 000 Mitglieder.

Von den Delegierten und Gastdelegierten sind 349 gewerkschaftlich organisiert. Das Vertrauen, das den Mitgliedern der SDAJ auf der Grundlage ihrer aktiven Mitarbeit in den Gewerkschaften und bei der Vertretung der Arbeiterjugend in Betrieben und Verwaltungen entgegengebracht wird, kommt bereits darin zum Ausdruck, daß 182 Delegierte und Gastdelegierte gewerkschaftliche und betriebliche Funktionen haben. So sind 95 Mitglied in Orts-, Kreis- oder Bezirksjugendausschüssen, 25 Vertrauensleute, 31 Betriebsjugendvertreter und 31 üben andere Funktionen aus.

Macht gewinnen und infolgedessen als die Herren der enteigneten Unternehmen auftreten können“.

Die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, demokratische Planung und Mitbestimmung schaffen jedoch solche demokratischen Rechte und Freiheiten, verbessern die Kampfpositionen der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften so entscheidend, daß diese Rechte nicht ohne weiteres von einer anderen Parlamentsmehrheit beseitigt werden könnten. Es ist zudem überhaupt fraglich, ob bei einer konsequenten Politik, die die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vertritt, die mehr als 80 Prozent der Bevölkerung umfassen, jemals Mehrheiten entstehen, die diese Errungenschaften wieder rückgängig machen können.

Wähler widersetzt sich jedem praktischen Schritt der Gewerkschaften, um diese Forderung des Grundsatzprogramms zu verwirklichen, für ihn ist die „Sozialisierungsidee“ irgendwann einmal akut, d. h. am St.-Nimmerleins-Tag. Die Gewerkschafter sind daher gut beraten, sich nicht an derartigen Artikeln in der „Welt der Arbeit“, sondern am DGB-Grundsatzprogramm zu orientieren und darauf zu drängen, daß die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum in die geplante Überarbeitung des neuen Aktionsprogramms des DGB aufgenommen wird.

Heinz Schäfer

Die „Fünf Grundrechte der Jugend“ standen als Hauptdokument im Mittelpunkt der Diskussion auf dem III. Bundeskongreß der SDAJ. Allein aus den SDAJ-Gruppen sind 235 Änderungsanträge eingegangen. Mit Vertretern anderer Arbeiterjugendorganisationen wurde diskutiert, Anregungen wurden aufgenommen und verarbeitet. So lag zur Beschlußfassung ein Dokument vor, das nach einer breiten Diskussion überarbeitet wurde und die nächsten Aufgaben aufzeigt. Einstimmig wurden die „Fünf Grundrechte der Jugend“ angenommen. Diese Grundrechte sind:

- Das Recht der Jugend auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung;
- das Recht der Jugend auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung;
- das Recht der Jugend auf Mitbestimmung und Demokratie;
- das Recht der Jugend auf sinnvolle Freizeitgestaltung, Erholung, Sport und Gesundheit;
- das Recht der Jugend, in Frieden zu leben und zu arbeiten — ohne Militarismus und Neonazismus.

Dieser Kongreß war geprägt von der noch stärkeren Orientierung der Jugendarbeit auf die Konzerne. Warum das so ist, legte Rolf-Jürgen Priemer, einstimmig wieder zum Bundesvorsitzenden gewählt, in seinem Referat dar: „In diesem Staat sind die Interessen der Monopole entscheidend. Das zeigt sich auch am neuen Betriebsverfassungsgesetz. In seinem sozialpartnerschaftlichen Wesen hat sich gegenüber dem alten Betriebsverfassungsgesetz von 1952 nichts geändert. Es gibt aber auch Verbesserungen in Detailfragen, insbesondere für die Jugendvertreter. Diese Verbesserungen müssen voll genutzt werden.“

Allerdings gilt es für solche Jugendvertreter, die Lehrlinge sind, verstärkt um einen wirksamen Kündigungsschutz zu kämpfen. Das kann durch Betriebsvereinbarungen geschehen, wie dies zum Beispiel bei Hoesch in Dortmund möglich war. Es hat sich gezeigt, daß auch nach Inkrafttreten des neuen Betriebsverfassungsgesetzes Jugendvertreter auf die Straße geworfen wurden. Wir müssen daher verstärkt um die Einhaltung und den weiteren Ausbau der Schutzbestimmungen für Jugendvertreter kämpfen.

Auch bei den Jugendvertreterwahlen, die jetzt stattfinden, geht es darum, das Betriebsverfassungsgesetz voll auszuschöpfen. Wir stimmen voll und ganz mit den Vorstellungen der DGB-Gewerkschaften überein, die aktivsten jungen Gewerkschafter in die Jugendvertretungen zu wählen. Wir unterstützen alle Anstrengungen, die der Stärkung der Gewerkschaften dienen. Und wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, im Rahmen der Jugendvertreterwahlen aus gruppen- und parteiegoistischen Interessen die gewerkschaftliche Einheit zu spalten.“

Zu der innerhalb der Gewerkschaftsjugend stark diskutierten Frage der gewerkschaftlichen Betriebsjugendgruppen führte Priemer aus: „Wir begrüßen auch die Bestrebungen der Gewerkschaftsjugend, verstärkt gewerkschaftliche Betriebsjugendgruppen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Ein wichtiges Instrument der Arbeiterjugend in den Betrieben sind die gewerkschaftlichen Jugend- und Vertrauensleutkörper. Die Arbeit der Gruppen und der Jugendvertrauensleute kann dazu beitragen, daß die Lehrlinge und Jungarbeiter ihre Lage im Betrieb, Konzern und in der Gesellschaft erkennen und zum Kampf für Veränderungen gewonnen werden. Diese Organe der Gewerkschaftsjugend im Betrieb stehen den Betriebsjugendvertretungen hilfreich zur Seite.“

Die Diskussionsredner wiesen immer wieder darauf hin, wie sie ganz konkret in ihrem Betrieb die Arbeiterjugendpolitik umsetzen. So berichtete Jan Roschmann, Elektromechaniker bei den Howaldtswerken — Deutsche Werft AG, unter anderem: „Auf der Werft gibt es jetzt eine Betriebsjugendgruppe der IG Metall. Es versteht sich wohl von selbst, daß wir SDAJler nicht nur darin mitmachen, sondern auch die aktivsten Gewerkschafter sind. Hier haben wir, die jungen Gewerkschafter, fest auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Beschlüsse ein betriebliches Forderungsprogramm erarbeitet.“

Daß dem III. Bundeskongreß der SDAJ nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland große Aufmerksamkeit geschenkt wurde, zeigte sich daran, daß 20 ausländische Delegationen anwesend waren. Die Delegation des Weltbundes der Demokratischen Jugend stand unter der Leitung von Alain Therouse, dem Generalsekretär des WBDJ. Aus der Sowjetunion kam eine Delegation des Leninschen Komsomol unter Leitung von Boris Pugo, Sekretär des ZK des Komsomol. Dr. Wolfgang Herger, 2. Sekretär des Zentralrates der FDJ, leitete die Delegation der FDJ in der DDR.

Ostersonntag ging ein kämpferischer Kongreß zu Ende, der mit seiner Programmatik die Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung weiter vorantreiben wird.

Herwart Prudlo

Gewerkschafter bespitzelt

CDU/CSU entfacht neue antikommunistische Welle Interview mit Werner Cieslak, Parteivorstand der DKP

Einflußreiche Kreise in der Bundesrepublik bemühen sich seit Monaten, eine neue Welle der Antikommunismus-Hetze zu entwickeln. Damit sollen nicht nur fortschrittliche Arbeiter, Angestellte und Beamte aus dem öffentlichen Dienst verbannt, sondern konsequente Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten, insbesondere der Gewerkschaften, diffamiert und mundtot gemacht werden. Am stärksten richtet sich der Angriff gegen die Deutsche Kommunistische Partei. Aus diesem Grunde führte NACHRICHTEN ein Gespräch mit dem Sekretär des Parteivorstandes der DKP, Werner Cieslak, um unsere Leser von kompetenter Stelle über Hintergründe und Ausmaß der neuerlichen Antikommunismus-Hetze zu informieren.

Frage: Herr Cieslak, in der Bundesrepublik wird gegenwärtig eine neue Kampagne des Antikommunismus entfacht; von wem geht sie aus und welche Ziele werden damit verfolgt?

Werner Cieslak: In der Tat erleben wir heute — in einer Zeit, in der in Europa kein Schritt zur Entspannung ohne oder gar gegen die Kommunisten gegangen werden kann — eine stärker werdende Welle des Antikommunismus in der Bundesrepublik. Ausgelöst und geschürt wird diese Welle von der CDU/CSU und den hinter ihr stehenden reaktionären Kräften des Monopolkapitals. Strauß und Barzel, die die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau verhindern wollen, sind die Haupteinpeitscher des Antikommunismus. Sie wollen damit im Grunde genommen jeden treffen, der sich für die Forderungen der Arbeiter und Angestellten einsetzt, für Frieden und sozialen Fortschritt kämpft.

Frage: Gibt es neben der von der CDU/CSU eingeleiteten Kampagne gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die in dem bekannten Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder gipfelte, weitere Aktivitäten in dieser Richtung?

Werner Cieslak: Der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD), hat im Dezember vergangenen Jahres eine mündliche Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in der diese „über die Tätigkeit der Rechts- und Linksradikalen sowie ihrer Tarnorganisationen vor allem im Bereich des öffentlichen Dienstes und in den Betrieben eine Übersicht“ geben soll. Dienstbeflissen hat daraufhin Innenminister Genscher (FDP) umfassende betriebliche Recherchen eingeleitet. Diese richten sich gegen alle jene Kollegen, die nicht bereit sind, systemkonforme Sprüche aufzusagen und die Vertretung der Tagesinteressen der Kollegen mit den weitergehenden gesellschaftsverändernden Zielen verbinden. Unter dem Deckmantel, gegen einzelne Personen vorzugehen, „die in dem Verdacht stehen, extreme politische Tätigkeiten auszuüben“, werden von Genschers

Agentenapparat fortschrittliche Gewerkschafter beschnüffelt.

Frage: Was sagt der DGB-Bundesvorstand zu dieser Ungeheuerlichkeit?

Werner Cieslak: Uns ist nicht bekannt, daß von der Führung des DGB auch nur ein Wort des Protestes gegen die vom Minister angeordnete Gesinnungsschnüffelei in den Betrieben erhoben wurde. Dagegen ist bekannt, daß die Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und die Vorsitzenden der 16 Industriegewerk-

HBV fordert gesetzliches Verbot der Aussperrung

In einer Diskussion über Tarif- und Arbeitsrechtsfragen wandte sich der HBV-Hauptvorstand, der am 9. März in Hamburg tagte, nachdrücklich gegen jede Einschränkung der Koalitionsfreiheit. Die Sitzungsteilnehmer verwiesen in diesem Zusammenhang auf die von der Rechtsprechung und einem Teil der Arbeitsrechtswissenschaft praktizierte einschränkende Auslegung der Koalitionsfreiheit.

Nach Meinung der Gewerkschaft HBV muß die durch das Bundesarbeitsgericht mit seinem Beschluß vom 21. April 1971 vorgenommene Beschnürung der Arbeitskampffreiheit der Gewerkschaften unbedingt wieder aufgehoben werden. Dazu gehören in erster Linie ein gesetzliches Verbot der Aussperrung sowie eine gesetzliche Regelung der Zulässigkeit von Differenzierungsklauseln sowie Effektiv- und Verdienstsicherungsklauseln in Tarifverträgen. Der DGB muß sich nach HBV-Meinung energisch für die Realisierung dieser Forderungen einsetzen und außerdem seine eigenen Arbeitskampffrichtlinien entsprechend neu formulieren. Die Gewerkschaft HBV wird zu dieser Problematik einen Antrag auf dem bevorstehenden DGB-Bundeskongreß, Ende Juni in Westberlin, einbringen.

schaften von den Recherchen der Agenten des Bundesinnenministers „Kenntnis“ genommen haben. Gleichzeitig hat der stellvertretende DGB-Vorsitzende Tacke (CDU) die DKP mit der neonazistischen NPD auf eine Stufe gestellt und entgegen eindeutigen gewerkschaftlichen Beschlüssen gegen die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau Stimmung gemacht.

Andererseits werden in den Betrieben und Gewerkschaften immer mehr Stimmen laut, die Tackes Ansinnen zurückweisen und gegen Aufrufe der CDU-Sozialausschüsse und der SPD-Führung protestieren, daß keine Kommunisten in die Betriebsräte gewählt werden sollen. Die Tatsache, daß in diesen Tagen viele aktive Gewerkschafter, die Mitglieder der DKP sind, in ihren Betriebsratsfunktionen bestätigt oder neu von den Belegschaften gewählt wurden, zeigt: immer mehr sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter erkennen, daß sich der Antikommunismus gegen die ganze Arbeiterbewegung richtet und nur dem Großkapital dient.

Frage: Nun gibt es in Kreisen des DGB-Bundesvorstandes die Auffassung, die DKP sehe ihre Aufgabe darin, unter dem Deckmantel angeblicher gemeinsamer Grundanliegen Spaltungstendenzen in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen...

Werner Cieslak: Solite es bei einigen Kollegen eine solche Meinung geben, so ist sie falsch. Die DKP hat seit ihrer Gründung nicht nur dokumentarisch, sondern auch in ihrer praktischen Arbeit immer wieder bestätigt: Wir betrachten die Einheitsgewerkschaften als eine bedeutende Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die es gegen alle Spaltungsversuche zu verteidigen gilt. Wir legen Wert auf die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften und rufen die DKP-Mitglieder auf, sich stets als aktive Gewerkschafter zu erweisen und die den Arbeiterinteressen dienenden gewerkschaftlichen Beschlüsse zu verwirklichen. In den vom Düsseldorfer Parteitag beschlossenen Thesen (These 30) ist diese unsere grundlegende Haltung zu den Einheitsgewerkschaften erneut bekräftigt worden.

Die DKP ist auch die Partei in der Bundesrepublik, die sich bei den Betriebsrätewahlen für die Aufstellung und den Sieg der gewerkschaftlichen Einheitsliste einsetzt und immer von der Maxime ausgeht, daß unabhängig vom Parteibuch die besten Gewerkschafter in die Betriebsräte gehören.

Frage: Nicht nur Tacke, sondern auch andere stellen die absurde Behauptung auf, daß die Rechte und die Linke zwei Seiten der gleichen Medaille wären...

Werner Cieslak: Diese historische Lüge wird nicht wahrer, wenn sie immer wieder neu aufgetischt wird. Niemand

Bundeskongreß der „Jusos“

Orientierung auf Betrieb und Gewerkschaft — Protest gegen die Antikommunistenkampagne in der Bundesrepublik

kann bestreiten, daß die deutschen Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus die größten Opfer gebracht haben, und es war die sozialistische Sowjetunion, die im zweiten Weltkrieg den Hauptanteil zum Sieg über den Faschismus geleistet hat. 20 Millionen Sowjetmenschen gaben ihr Leben im Kampf gegen diese brutalste Herrschaftsform des Monopolkapitals. Auch heute steht die DKP konsequent gegen Neonazismus und Revanchismus. Ebenso wie sich Feuer und Wasser ausschließen, gibt es zwischen der DKP und den rechtsradikalen Organisationen wie der NPD in keiner Weise irgend eine Gemeinsamkeit. Wohl aber gibt es eine Gemeinsamkeit, ja, ich möchte meinen, völlige Übereinstimmung in der Argumentation zwischen der CDU/CSU und der NPD, wie das der Aufruf der NPD beweist, bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg die CDU zu wählen. Die bereits von Karl Liebknecht geprägte Losung: „Der Feind steht rechts“ ist heute aktueller denn je. Davon sollten sich auch die DGB-Gewerkschaften leiten lassen.

Frage: Gibt es neben schon angeführten Protesten gegen die Antikommunismus-Hetze in den Gewerkschaften noch weitere Beispiele?

Werner Cieslak: Wie mir bekannt, haben die NACHRICHTEN in ihren letzten Ausgaben bereits von den Beschlüssen der DGB-Landesbezirkskonferenzen in Rheinland-Pfalz und Hessen berichtet, die entschieden gegen die Gesinnungsschnüffelei im öffentlichen Dienst protestiert haben. Die ÖTV-Bundesjugendkonferenz hat ebenfalls aufs schärfste die Verbotsdrohungen gegen die DKP, MSB-Spartakus und die SDAJ verurteilt. Diese eindeutigen Erklärungen von Gewerkschaftsgremien sind m. E. auch die Bestätigung von Erkenntnissen in den Gewerkschaften, daß die DKP eine der Sache der Gewerkschaften nutzende Politik macht.

Dies wurde auch vom Vorsitzenden der IG Druck und Papier und Mitglied des DGB-Bundesvorstandes Mahlein bestätigt, als er in einer kritischen Auseinandersetzung mit ultralinken Gruppen erklärte: „Auf DKP-Funktionäre können die Gewerkschaften auch längst nicht mehr verzichten; sie haben sich im Bewußtsein vieler Arbeitnehmer längst unentbehrlich gemacht.“ (Frankfurter Rundschau, 17. 3. 72).

Frage: Und wie ist es innerhalb der SPD?

Werner Cieslak: Neben den Protesten der Jungsozialisten haben die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Walkhoff und Prof. Dr. Günter Slotta die von den Unionsparteien eingeleitete Kommunistenjagd nach dem Vorbild McCarthys und dem Beschluß des Ministerpräsidenten kritisiert. Sie kamen zu der Erkenntnis: „Auch Sozialdemokraten könnten eines Tages wieder zu den Betroffenen gehören.“

Eine scharfe Abrechnung mit der CDU/CSU, das Verhalten der Jungsozialisten bei den kommenden Bundestagswahlen und Fragen betriebs- und gewerkschaftsbezogener Praxis bestimmten die Themen und Diskussionen auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten Ende Februar in Oberhausen. „Führende Vertreter der CDU/CSU“, so heißt es im Rechenschaftsbericht, „greifen in zunehmendem Umfang in ihren Reden Begriffe und Gedanken auf, die früher vorwiegend in rechtsextremen Kreisen Verwendung fanden.“

Die gegenwärtige Antikommunisten-Kampagne in der Bundesrepublik werten die Jungsozialisten in einer Entschließung als „verdeckten Angriff auf die Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Demokratie“, wie er in der Geschichte des Kapitalismus immer dann auftaucht, „wenn es galt, Reformen, die der kapitalistischen Gesellschaft gefährlich zu werden drohten, abzuwehren“. Scharfen Protest erhoben sie gegen den Erlaß der Ministerpräsidenten der Länder, Mitglieder der DKP und anderer demokratischer Organisationen aus dem öffentlichen Dienst heraus-

zuhalten. Die Jungsozialisten betonen, daß damit der Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor geöffnet wird, fortschrittliche Angehörige des öffentlichen Dienstes eingeschüchtert werden sollen und auch Sozialdemokraten davon betroffen werden könnten, insbesondere in den von der CDU/CSU regierten Ländern.

Entsprechend ihren Vorstellungen wollen die Jungsozialisten mit einem „eigenständigen Beitrag“ in den Bundestagswahlkampf gehen. In den Ausführungen einiger führender Jungsozialisten zeigte sich aber gerade an diesem Punkt, daß ein Teil der Jusos selbst Opfer antikommunistischer Vorbehalte und antikommunistischen Drucks geworden ist. Zugleich mit dem Kampf gegen die CDU/CSU proklamierten sie, wenn auch gedämpfter, den Kampf gegen die DKP. Dieser Teil der Jusos will systemkritische und sozialistische Kräfte, die sich auf die DKP orientieren könnten, an die SPD binden. Aus der aufgezeigten Gefahr, die für Frieden und Demokratie von den ultrarechten Kräften der CDU/CSU ausgeht, kann es nur eine Schlußfolgerung geben: das Zusammenwirken von Kommunisten, Jungsozialisten und Sozialdemokraten für einen positiven Fortgang der Entspannungsbemühungen, für das Zurückdrängen des Einflusses der CDU/CSU.

Frage: Was ist heute notwendig, um dem Antikommunismus wirksam entgegenzutreten?

Werner Cieslak: Wir sollten die Schlußfolgerung ziehen, noch deutlicher zu machen, daß sich der Antikommunismus außerhalb, aber auch innerhalb der Arbeiterbewegung gegen die Interessen der Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften richtet. Erfolgreich gegen die antikommunistische Welle in unserem Land wirksam zu werden, heißt deshalb, in erster Linie in den Betrieben und Gewerkschaften Alarm zu schlagen, heißt für die Kommunisten, sich dort noch enger mit den Arbeitern und Angestellten zur Durchsetzung von deren Interessen und Forderungen zu verbinden. Zugleich meine ich, daß mit den sozialdemokratischen Kollegen gemeinsam neue Möglichkeiten bestehen, den Werktätigen aufzuzeigen, daß ein enger Zusammenhang zwischen der gesteuerten antikommunistischen Welle und dem Angriff des Großkapitals auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse sowie der Kampagne der CDU/CSU und NPD gegen die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau besteht.

Der Betriebsfremdheit der auf dem Juso-Bundeskongreß tonangebenden akademischen Grade war es zuzuschreiben, daß elitäre Zungenschläge in Reden und Diskussionen immer wieder durchschienen. Man will die Lohnabhängigen „mobilisieren“, ihnen Anstöße geben, sie zur „Selbstorganisation“ ihrer Interessen befähigen. Auf den Gedanken, daß Oberschüler, Studenten und Lehrer von den Erfahrungen klassenbewußter Arbeiter und Gewerkschafter etwas lernen könnten, kam kaum jemand.

Es fällt auf, daß die Jungsozialisten an keiner Stelle den Gedanken der gewerkschaftlichen Einheit und der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gerade in den Betrieben erwähnten. Ihr Schema enthält fraktionelle Züge. Da aktive Jungsozialisten kaum in den Betrieben verankert sind, bleiben viele ihrer Pläne Papier. Aber da, wo sie in Betrieb und Gewerkschaft tätig sind, sollte man von ihnen erwarten, daß sie mit Kommunisten und anderen klassenbewußten Arbeitern kameradschaftlich zusammenarbeiten.

Kurt Schacht

ÖTV: Demokratisierung nötig

Vor dem 7. Gewerkschaftstag – Personalvertretungsgesetz und Tarifpolitik Themen auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag

In der Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1972 findet in Westberlin der 7. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr statt. Der Gewerkschaftstag dürfte sich, das lassen die Vorbereitungen erkennen, insbesondere mit Fragen der Demokratisierung des öffentlichen Dienstes beschäftigen, die seit langem und zunehmend stärker von den Gewerkschaftern in Verwaltungen, Dienststellen und Betrieben von Bund, Ländern und Gemeinden gefordert wird. Der vom Bundesinnenministerium ausgearbeitete Entwurf eines neuen Personalvertretungsgesetzes, der in den Gewerkschaften bereits auf heftige Kritik gestoßen ist, dürfte diese Diskussion noch befeuern.

Die Gewerkschaft ÖTV hat — ebenso wie der DGB — seit Jahren die Neufassung des Personalvertretungsgesetzes mit der Zielsetzung verlangt, den Personalräten wirksame Mitbestimmungsrechte zu übertragen und die hierarchischen Strukturen im öffentlichen Dienst zu beseitigen. Vor zwei Jahren hatte der DGB den Bundestagsparteien und der Öffentlichkeit einen diesbezüglichen Entwurf vorgelegt.

Der Anfang April von Innenminister Genscher den Ausschüssen zur Beratung zugeleitete Regierungsentwurf entspricht in keiner Weise den Forderungen des DGB und der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, wie ÖTV, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Deutsche Postgewerkschaft und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Nach allem, was über den Entwurf bisher bekannt geworden ist, soll den Personalräten lediglich ein erweiterter Katalog von „Mitwirkungsrechten“ angeboten werden, um sie besser im Sinne der autoritären Verwaltungsmaschinerie einsetzen zu können. Was das Innenministerium an „Rechten“ bietet, ist von der fragwürdigen Qualität wie dieses: Wenn ein „Dienstherr“ oder Behördenchef und der Personalrat über eine Personalfrage, die einen Beamten betrifft, nicht einig werden können, soll eine Einigungsstelle eine Empfehlung aussprechen, die aber den „Dienstherrn“ oder Behördenchef nicht binden darf. Das ist eine glatte Farce an Mitbestimmung.

Einen weiteren umfangreichen Themenkomplex bilden das Dienstrecht und die Tarifpolitik. Die ÖTV-Gewerkschafter fordern die Einführung eines einheitlichen Dienstrechts für alle Beschäftigten — Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes. Die Arbeitsbedingungen, die Entgelte und sozialen Leistungen sollen weitgehend vereinheitlicht und die Schlechterstellung von Arbeitern gegenüber den Angestellten bzw. von beiden Gruppen gegenüber den Beamten beseitigt werden. Für die Beamten wird die Aufgliederung des Dienstrechts in Status- und Folgerecht verlangt. Während das Statusrecht,

wie der Name sagt, die Stellung des Beamten fixiert, soll das Folgerecht die Arbeitsbedingungen und Entgelte zum Inhalt haben. Eine solche Teilung wird von der Gewerkschaft als Voraussetzung für die weitere Forderung angesehen, daß den Beamten das Streikrecht zur Durchsetzung ihrer sozialen Belange gewährt werden muß.

In einigen Anträgen an den ÖTV-Gewerkschaftstag kommt die starke Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder mit der vom Hauptvorstand praktizierten Tarifpolitik zum Ausdruck. „Die Tarifpolitik ist ein gewerkschaftliches Kampfmittel“, heißt es zum Beispiel in einem Antrag, der von der ÖTV-Bundesjugendkonferenz beschlossen wurde, die vom 2. bis 5. März 1972 in Gelsenkirchen tagte (siehe auch NACHRICHTEN Nr. 3). Und weiter: „Die Forderungen und der Inhalt der Tarifpolitik müssen ausschließlich vom Mitgliederwillen bestimmt sein. Versuche, staatlicher Weise die Tarifautonomie einzuschränken, müssen auf das schärfste zurückgewiesen werden. Die Mitarbeit der Gewerkschaft ÖTV in der konzertierten Aktion ist einzustellen, da sich die konzertierte Aktion als ein Instrument der Disziplinierung der Lohnabhängigen zur Sicherung ständiger Unternehmergewinne erwiesen hat.“

In dem Antrag wird weiter gefordert: „Vor Beginn einer Tarifaktion muß eine umfangreiche Mitgliederbefragung z. B. in Versammlungen, Ausschusssitzungen, Fragebogenaktionen u. ä. erfolgen. Der Wille der Mitglieder ist der großen Tarifkommission bekanntzugeben. Die Forderungen müssen dem Willen der Mitglieder entsprechen.“ Die jungen ÖTV-Gewerkschafter fordern diesbezügliche Konsequenzen: „Die Satzung (§ 18) muß dahingehend geändert werden“, heißt es in einem weiteren Antrag, „daß die Verantwortlichkeit für Tarifpolitik nicht dem geschäftsführenden Hauptvorstand obliegt, sondern der Tarifkommission, die ihre Weisung aus der Basis erhält.“

Mit Nachdruck wandte sich die ÖTV-Bundesjugendkonferenz gegen Berufsverbote im öffentlichen Dienst. Zwei

diesbezügliche Anträge wurden an den bevorstehenden Gewerkschaftstag gerichtet. Sie dürften im Zusammenhang mit der Forderung nach Demokratisierung und Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, die ein wesentliches Anliegen der Gewerkschaft ÖTV ist, auf dem Gewerkschaftstag eine Rolle spielen. „In der Bundesrepublik Deutschland verstärken sich gegenwärtig antidemokratische Tendenzen“, wird unter Hinweis auf den Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 festgestellt, der die Möglichkeiten für Berufsverbote im öffentlichen Dienst erheblich erweitert hat.

In dem zweiten Antrag zu dieser Frage heißt es: „Der Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz richtet sich daher gegen die Arbeit der Gewerkschaften selbst. Wir protestieren auf das schärfste gegen diesen Beschluß und fordern alle fortschrittlichen Kräfte in der BRD, besonders aber unsere Kollegen in den Gewerkschaften, auf, solidarnisch und entschieden gegen diese reaktionären Tendenzen zu wenden. Die ÖTV-Bundesjugendkonferenz fordert den DGB-Bundesvorstand auf, sich für die sofortige Aufhebung dieses Beschlusses einzusetzen.“

Wichtig für die Standortfindung in bezug auf den Innenminister-Entwurf eines neuen Personalvertretungsgesetzes dürfte ein Antrag der Jugendkonferenz zum Betriebsverfassungsgesetz sein, der dem Gewerkschaftstag ebenfalls vorliegt. Darin wird der Gewerkschaftstag aufgefordert, das Betriebsverfassungsgesetz als undemokratisch und arbeiterfeindlich abzulehnen. „Auch das neue BetrVG regelt das Verhältnis zwischen den Unternehmern und Arbeitern auf Betriebs-ebene so“, heißt es im Antrag, „daß das Wohl des Betriebes gewahrt ist, d. h. das Wohl dessen, der mit diesem Betrieb seinen Profit erzielt, des Kapitalisten.“

Neben diesen Themen spielen selbstverständlich die übrigen aktuellen und grundsätzlichen Fragen der Gewerkschaftspolitik eine Rolle. So wird auch die Notwendigkeit einer schnellen Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den Bundestag, die gewerkschaftliche Kontaktpflege zu den Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern in die Diskussion und Beschlussfassung auf dem 7. Gewerkschaftstag der ÖTV einfließen. Dieser Gewerkschaftstag findet nur vier Wochen vor dem 9. ordentlichen Bundeskongress des DGB statt. Er wird, was die Debatten und die Beschlüsse betrifft, auf das „Parlament der Arbeit“ ausstrahlen.

Es liegt im Interesse aller Arbeiter, Angestellten und Beamten — nicht nur im Organisationsbereich der ÖTV-Gewerkschaft —, wenn die Beschlüsse dieses Gewerkschaftstages dazu beitragen, eine nach vorn gerichtete Politik der gesamten Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik mitzuformulieren.

G. S.

Kongreß der 98 Millionen

Sowjetische Gewerkschaften berieten über neue Aufgaben Appell für alleuropäische Gewerkschaftskonferenz

Es war der 15. Kongreß in der Geschichte der sowjetischen Gewerkschaften, der Ende März 1972 im neuen Kremlopalast in Moskau stattfand. 4836 Delegierte vertraten 98 Millionen Gewerkschafter. Gäste aus 103 Ländern der Welt, darunter eine Delegation des DGB, verfolgten mit großem Interesse den Verlauf des Kongresses.

Die Bedeutung des Kongresses wurde auch daran sichtbar, daß der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, und fast alle Mitglieder des Politbüros ordentliche Delegierte waren. In der Rede L. Breschnews wurde die bedeutende Rolle der UdSSR-Gewerkschaften hervorgehoben; die neuen und verantwortlichen Aufgaben dieser größten Massenorganisation der Welt, die ihr beim Aufbau des Kommunismus gestellt sind, wurden umrissen.

Breschnew bezeichnete die Gewerkschaften in der Sowjetunion als Schulen des Kommunismus. Das bedeutet, daß die organisierten Arbeiter, Angestellten und Kolchosbauern in ihnen die Erfahrungen der Lenkung und Leitung einer auf kommunistischer Basis arbeitenden Volkswirtschaft sammeln sollen. Das heißt indessen nicht, daß diese Gewerkschaften lediglich lernen. Sie leiten längst und stützen sich dabei auf Rechte, von denen, wie A. N. Schelepin sagte, Gewerkschaften kapitalistischer Länder noch träumen, wie etwa dem Mitbestimmungsrecht in der Produktion, im Parlament und im öffentlichen Leben.

Ihnen steht das Recht der Kontrolle der Arbeitsgesetze, der Arbeitssicherheit und Arbeitshygiene zu. Ihnen untersteht die Verwaltung der staatlichen Sozialversicherung. Sie sind mit den erforderlichen Rechten, aber auch Mitteln ausgestattet, um die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung zu kontrollieren, sich ebenfalls um die Erhöhung des kulturellen und technischen Niveaus zu kümmern. Nach der Verfassung werden Verstöße gegen Gewerkschaftsrechte bzw. Versuche, die Wahrnehmung dieser Rechte zu behindern, geahndet.

Alexander Schelepin, Vorsitzender der UdSSR-Gewerkschaften, zog die Arbeitsbilanz der letzten vier Jahre: Seit 1968 wuchs der materielle Wohlstand der Werktätigen, konnten Löhne, Renten und Stipendien erhöht werden, erfolgte die Senkung der Arbeitszeit auf 41 Stunden (in einzelnen Industriezweigen auf 36). Auch die medizinische und kulturelle Betreuung wurde verbessert. Von den gewerkschaftlich kontrollierten Sozialversicherungen wurden 1971 über 20 Milliarden Rubel — das Doppelte der Summe von 1965 — an Alte und

Kranke ausgezahlt, einschließlich der Mittel für Heil- und vorbeugende Behandlungen. In der Zeit vom 14. bis zum 15. Kongreß sind 12 Millionen neue Mitglieder den Gewerkschaften beigetreten.

In Moskaus Kremlopalast standen jedoch auch die großen weitreichenden Pläne zur Debatte, die vom XXIV. Parteitag der KPdSU ausgearbeitet wurden und an deren Realisierung die Gewerkschaften einen entscheidenden Anteil haben, indem unter ihrer Mithilfe die technisch-wissenschaftliche Umgestaltung beschleunigt, eine bessere Arbeitsorganisation garantiert und dadurch die Arbeitsproduktivität wesentlich erhöht wird. Breschnew bezeichnete es als „lernen, heute besser zu arbeiten als gestern“, wobei besser nicht schwerer, sondern effektiver, mit größerem Gewinn für die Volkswirtschaft heiße, denn bekanntlich wird die UdSSR bis 1975 500 Milliarden Rubel in der Wirtschaft investieren und dabei das Produktionsvolumen um das 2,5fache erhöhen.

Was das sowjetische Sozialprogramm betrifft, so sieht es u. a. eine Aufstockung auf 78 Milliarden Rubel vor, von denen 22 Milliarden zur Erhöhung der Löhne, Renten und Stipendien verwendet werden. Sache der Gewerkschaften ist es gleichfalls, die Voraussetzungen für die Vergrößerung der gesellschaftlichen Fonds bis auf 90 Milliarden Rubel (1975) zu schaffen. Aus diesen Fonds bezieht die Bevölkerung schon jetzt 30 Prozent ihrer Einkünfte. Verdoppelt wird bis dahin auch die Urlaubsplatzzahl und die Anzahl der Kurplätze. Wenn 1971 in der UdSSR soviel Mittel für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aufgewendet werden konnten, wie im 4. und 5. Fünfjahrplan zusammen, und in den vergangenen zehn Jahren 116 Millionen Bürger neue Wohnungen erhielten, dann ist das mit ein Verdienst der Sowjetgewerkschaften.

Bei der Beurteilung ihrer geleisteten Arbeit vergaßen die Delegierten nicht, Mängel und Fehler kritisch zu untersuchen. So wurde z. B. gefordert, gegen jeglichen Formalismus anzukämpfen, zu verhindern, daß Industrieobjekte nicht termingerecht in Betrieb genommen werden.

Die sowjetischen Gewerkschaften werden, was ihre internationalen Beziehungen betrifft, weiterhin in jeder Weise auf den Zusammenschluß aller Kräfte der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen Krieg, Aggression und Ausbeuterpolitik der Monopole, für den Frieden, sozialen Fortschritt und Demokratie hinwirken. In einem einstimmig gefaßten Beschluß appellieren sie an die europäischen Gewerkschaften, sich für die baldige Einberufung einer alleuropäischen Gewerkschaftskonferenz einzusetzen, die Einberufung einer gesamteuropäischen Beratung über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit zu unterstützen.

Hubert Kuschnik, Moskau

Gegenseitige Besuche DGB — Sowjetgewerkschaften

Auf Einladung des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften hat eine Beobachterdelegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes an dem 15. sowjetischen Gewerkschaftskongreß teilgenommen, der Ende März 1972 in Moskau stattfand. Der Delegation gehörten an: der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr, der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Ernst Breit, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister, der Leiter der DGB-Bundespressestelle, Walter Fritze, und der stellvertretende Leiter der DGB-Auslandsabteilung, Harald Simon.

Die DGB-Delegation hatte zugleich die Aufgabe, über das weitere gegenseitige Besuchs- und Kontaktprogramm mit den sowjetischen Gewerkschaften für das Jahr 1972 zu verhandeln. Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter hat bereits eine Beobachterdelegation des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften zum nächsten ordentlichen DGB-Bundeskongreß eingeladen, der vom 25. Juni bis 1. Juli 1972 in Westberlin stattfindet.

In einem Gespräch zwischen Gerd Muhr und dem Vorsitzenden des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, Alexander Schelepin, kam nach Mitteilung Muhrs auch die bevorstehende Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau zur Sprache. Beide Seiten hätten die Notwendigkeit der Ratifizierung betont, sagte Muhr. Schelepin habe jedoch seine Sorge über die Entwicklung in Bonn zum Ausdruck gebracht und auch erkennen lassen, daß eine Nicht-ratifizierung einen gefährlichen Rückschlag der Bemühungen um Entspannung und Frieden in Europa zur Folge haben könne.

„Vermögenspolitik“ wozu?

Zweifel an der Wirksamkeit des DGB-Vermögensplans Nur Gemeineigentum schafft Vermögen für Arbeiterklasse

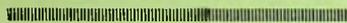
In seinem Beitrag zu den Thesen des DGB zur Vermögensbildung (s. NACHRICHTEN 1/1972) setzt Werner Petschick sich kritisch mit diesen Thesen auseinander. Das ist zu begrüßen, ebenso die dazu in NACHRICHTEN 3/1972 veröffentlichten Diskussionsbeiträge. Wenn auch die DGB-Thesen bis jetzt in den Betrieben bei der Masse der Arbeiter kaum einen Widerhall gefunden haben, so können doch die progressiven Gewerkschafter der Diskussion über diese Thesen zumindest auf Tagungen und Kongressen des DGB und seiner Gewerkschaften nicht ausweichen. Dort werden sie von ihren Befürwortern zur Diskussion gestellt.

Werner Petschick hat bereits darauf hingewiesen, daß die DGB-Führung mit den Thesen auch den systemstabilisierenden Kurs der SPD-geführten Bundesregierung unterstützen will. Diese Absicht wird noch deutlicher, wenn man die Thesen mit dem aus dem Gleitze-Plan weiterentwickelten Sozialkapitalplan des DGB vergleicht, der am 13. Januar 1961 in der „Welt der Arbeit“ veröffentlicht und erläutert wurde. Dieser Plan zielte dahin, 50 Prozent des Vermögenszuwachses auf einen Sozialkapitalfonds zu überschreiben, der diesen Kapitalbesitz in Form von Anteilscheinen an Arbeiter und Angestellte weitergeben sollte. Einschränkungen hinsichtlich der Verfügung über die Anteilscheine durch die Arbeiter und Angestellten waren in diesem Plan nicht vorgesehen.

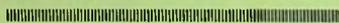
Jetzt wird in den DGB-Thesen nicht mehr die Hälfte des Vermögenszuwachses für die Umverteilung zugunsten der abhängig Beschäftigten gefordert, sondern für die Anfangszeit 4 bis 6 Milliarden DM jährlich. Die quantitative Übereinstimmung mit dem außerordentlichen Parteitag im November 1971 vorgeschlagenen „Vermögensbildungsabgabe“ von 4 Milliarden DM ist sicher nicht zufällig.

Kern der Kritik Werner Petschicks ist die Feststellung, daß die Thesen zur Vermögensbildung vom Bundesvorstand des DGB losgelöst von einer umfassenden Reformkonzeption entwickelt und als Forderung formuliert wurden. Werner Petschick vertritt die Auffassung, daß die in den Thesen geforderte Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs Bestandteil einer antimonopolistischen Reformpolitik sein kann, wenn diese Forderung im Zusammenhang mit anderen antimonopolistischen Forderungen (Mitbestimmung, Überführung der Schlüsselindustrien und anderer marktbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum usw.) gestellt und verfolgt wird und die Gewinnanteile nicht an mehrere dezentralisierte Fonds, sondern an einen zentralen Fonds abgeführt werden, um einen Mißbrauch der in dem Fonds angesammelten Mittel für die Profitinteressen der Konzerne zu verhindern.

Nun ist aber mit Sicherheit auch die Tatsache kein Zufall, daß es zwar von Gewerkschaftsführern und -theoretikern eine ganze Bibliothek von Abhandlungen, Konzeptionen, Plänen, Vorschlägen und mehr oder weniger wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema „Vermögensbildung“ gibt, nicht aber zu der Forderung des DGB-Grundsatzprogramms, die Schlüsselindustrien und andere marktbeherrschende Unternehmen in Gemeineigen-



Eine abschließende Stellungnahme zu der in NACHRICHTEN geführten Diskussion der Thesen des DGB-Bundesvorstandes zur Vermögensbildung veröffentlichen wir in einer der nächsten Ausgaben. Gleichzeitig bitten wir um weitere Stellungnahmen. D. Red.



tum zu überführen, und eben jetzt auch das erstere und nicht das letztere als DGB-Forderung in den Vordergrund gestellt wird.

Die einseitige Vermögenskonzentration in den Händen einer kleinen Schicht von Konzernherren ist Ergebnis und Ausdruck der Ausbeutung der Millionen Arbeitenden und der zunehmenden Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht im Spätkapitalismus. Mit „Schönheits“-Operationen ist der Skandal der ungerechten Vermögensverteilung nicht zu beseitigen, sondern nur durch die allmähliche Einschränkung und schließlich Überwindung der Macht der Herren der letzten Ausbeuterordnung in der Geschichte der Menschheit.

Gewerkschaftsführer und Theoretiker wie Georg Leber, Oswald Nell-Breuning u. a., die sich mit fanatischem Eifer bemühen, die Gewerkschaften auf eine systemimmanente „Vermögenspolitik“ zu orientieren, machen kein Hehl daraus, daß sie eben damit die einzig mögliche, demokratisch-

antimonopolistische und sozialistische Alternative zum spätkapitalistischen System verhindern und die Arbeiterklasse in die von ihnen ohne „wenn und aber“ bejahte Ordnung der Monopolherren integrieren wollen.

Schon von daher, von Ursprung und Ziel der „Vermögenspolitik“ ergeben sich ernsthafte Bedenken, ob es möglich und politisch realisierbar ist, diese Variante einer systemstabilisierenden Politik zu einem Bestandteil einer antimonopolistischen Reformpolitik umzufunktionieren. Diese Bedenken werden auch geäußert und begründet in einigen der Beiträge, die in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“, Februar 1972, zum Thema „Vermögenspolitik“ veröffentlicht wurden.

So kommt Karl Heinrich Pitz in seinem „Vermögensbildung — eine Fata Morgana“ betitelten Beitrag zu der Feststellung: „Um solche weitreichende Konzeption (die Bildung von Kollektivfonds — A. B.) politisch durchzusetzen, müßte zu nächst eine erhebliche Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit bewirkt werden. Zu dieser Veränderung tragen so abstrakte theoretische Programme wie die Vermögenspolitik so gut wie nicht bei. Die sich aus Kollektivfonds ergebenden Perspektiven mögen eine Handvoll theoretischer Köpfe interessieren, die Masse der Arbeiterschaft wird von dieser Diskussion überhaupt nicht berührt, viel weniger noch als von der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Verändert man jedoch das Kräfteverhältnis mit angemessenen politischen Strategien, dann braucht man gewiß nicht mehr auf Vermögensfonds zurückzugreifen ...

In einer solchen Situation könnte die erreichte Machtposition auch zur Vergesellschaftung der Banken beispielsweise eingesetzt werden ... Die Ausarbeitung solch weitreichender ... Vermögenspolitik ist ein Produkt apolitischer, weil von politischer Realisierbarkeit abstrahierender bürgerlich-volkswirtschaftlicher Denkmethode.“ (S. 91)

An anderer Stelle schreibt Pitz dann, „daß die Mitbestimmungspolitik in die richtige, die Vermögenspolitik in die falsche Richtung“ zielt. Klaus Peter Kisker zieht in seinem „Vermögenspolitik im Spätkapitalismus“ betitelten Beitrag nach einer kritischen Untersuchung der verschiedenen „Vermögensbildungspläne“ die Schlußfolgerung, „daß sie eine bewußte oder auf mangelnder Einsicht in die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft beruhende, unbewußte Irreführung der Lohnabhängigen darstellen.“

Keiner der Pläne vermag — selbst wenn sie politisch durchsetzbar sind — die ungleiche Vermögensverteilung und damit die Konzentration der Verfügungsmacht bei wenigen abzubauen. Sie vermögen nicht, die Profite umzu-

DGB fordert Steuerreform

**Verwirklichung noch in dieser Legislaturperiode verlangt
Lohn- und Gehaltsempfänger sollen entlastet werden**

verteilen, sondern zwingen die Lohnabhängigen, einen Teil ihres Lohnes den Unternehmern als Kapital zusätzlich zur Verfügung zu stellen oder als Quasi-Steuer an einen Sonderfiskus abzuführen. Es erscheint daher dringend an der Zeit, von diesen Plänen, und damit von der Verschwendung anderweitig benötigter Steuergelder, Abstand zu nehmen und den Lohnabhängigen klar zu sagen, daß eine gerechte Vermögensverteilung nicht zu erreichen ist, ohne das kapitalistische System zu überwinden.“ (S. 108/109)

Die in den Thesen des DGB-Bundesvorstandes geforderte Abgabe vom Vermögenszuwachs erscheint wenig geeignet, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Angestellten grundlegend zu ändern, geschweige denn das politische Kräfteverhältnis zwischen den Monopolherren und der Arbeiterklasse, ganz gleich, ob nun die Sammlung der Vermögensabgabe in mehreren oder einem zentralen Fonds erfolgt. Es bleibt die sich aus den Widersprüchen der spätkapitalistischen Wirtschaft ergebende soziale Unsicherheit.

Ob mit oder ohne Vermögensfonds und -zertifikaten: Zur Sicherung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage bleibt den Arbeitern und Angestellten nur der Weg des Kampfes um höheren Lohn und für bessere soziale Rechte und Leistungen. Solange die Macht der Monopolherren ungebrochen und uneingeschränkt ist, wird sie keine „Vermögensabgabe“ daran hindern, ihre Profite und ihren Reichtum weiter auf Kosten der Millionen Arbeitenden zu steigern.

Wird ihre Macht durch eine umfassende Mitbestimmung und Überführung der Schlüsselindustrien und anderer marktbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum eingeschränkt und schrittweise überwunden, wozu bedarf es dann noch der oder des aus Abgaben von Vermögenszuwachs gespeisten Fonds? Eine demokratische, antimonopolistische Reformpolitik ist nur im politischen Kampf gegen das Monopolkapital durchzusetzen. Es erscheint unwahrscheinlich, daß die Arbeiter für diesen Kampf zusätzlich oder besser: mit irgendeiner Variante der „Vermögenspolitik“ mobilisiert werden können.

Soweit die Thesen des DGB-Vorstandes in der Diskussion in den Gewerkschaften als Kampfforderung gegen die einseitige Bereicherung des Großkapitals vertreten werden, sind sie unter diesem Aspekt zu begrüßen, ohne jedoch einen Zweifel daran zu lassen, daß sie keine Alternative gegen die großkapitalistische Vermögenskonzentration in der BRD darstellen. Die Diskussion um die Thesen des DGB-Vorstandes sollte genutzt werden, um Arbeitern und Angestellten, ausgehend von den Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms die antimonopolistisch-demokratische und sozialistische Alternative verständlicher zu machen. Arthur Böppel, Bremen

Eine Steuerreform ist längst überfällig. Während die Arbeiter, Angestellten und Beamten steuerlich immer stärker belastet werden, nehmen die Steuerleistungen der Vermögensmillionäre, der Konzerne und Großverdiener ab. Durch Steuerflucht und Kapitalexperte werden dem gesellschaftlichen Vermögen in unserem Land jährlich Milliarden entzogen.

Der DGB hat festgestellt, daß die Lohnsteuereinnahmen in den letzten zehn Jahren fünfmal so schnell gestiegen sind wie die Gewinnsteuern. So gingen 1970 die Staatseinnahmen aus der Körperschaftssteuer der Unternehmen um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück, während die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 30 Prozent zunahmen. Schon diese wenigen Tatsachen unterstreichen, daß der DGB recht hat, wenn er fordert, noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages eine Steuerreform durchzusetzen.

Der DGB fordert als Schwerpunkte: Verbesserung des Kindergeldes bei gleichzeitiger Streichung der Kinder-

Mit den Schlagworten „Finanzierung der Reformvorhaben“ und „Lösung der Zukunftsaufgaben“ wird Konsumeinschränkung durch höhere Steuerabgaben der arbeitenden Bevölkerung gepredigt. Die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben, die der Hebung des materiellen, sozialen und kulturellen Lebensstandards der Bevölkerung dienen, ist in erster Linie aus den Gewinnen der Großindustrie zu sichern.

Ohne hier auf weitere Einzelheiten einer notwendigen Gesamtsteuerreform einzugehen, könnten dafür folgende Grundsätze gelten, die in diesbezüglichen Vorschlägen der DKP enthalten sind:

1. Die kleinen und mittleren Einkommen der Arbeiter, Angestellten, der Bauern und des Mittelstandes sind steuerlich wirksam zu entlasten.

2. Die Millionärsvermögen, die Gewinne der Großunternehmen und die Bezieher hoher Einkommen sind dagegen durch Steuererhöhungen mehr als bisher zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzuziehen.

3. Kapital- und Steuerflucht ins Ausland sind wirksam zu bekämpfen.

4. Die staatlichen Subventionen und die zahlreichen steuerlichen Vergünstigungen für kapitalistische Großunternehmen sind sofort aufzuheben.

5. Das Steuersystem ist grundlegend zu vereinfachen. Dies ist die Voraussetzung für eine Entlastung und vereinfachte Organisation der Finanzverwaltung.

6. Sicherung der Mitbestimmung und Kontrolle durch die Bevölkerung und ihre demokratischen Organisationen, vor allem durch die Gewerkschaften, bei der Aufbringung, Verwaltung und Verwendung der Steuern und Finanzen des Staates.

Gerade angesichts der Versuche der CDU/CSU, der Unternehmerverbände und anderer Kräfte, zwischen DGB und DKP einen Keil zu treiben, sei darauf hingewiesen, daß diese Grundsätze und die Vorschläge des DGB zur Steuerreform vom gleichen Geist durchdrungen sind, nämlich die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu vertreten. — jol —

Besser informiert durch NACHRICHTEN

freibeträge, Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages, Vereinfachung des Lohnsteuerverfahrens durch Vorwegabzug aller Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, Umgestaltung des Sonderausgabenabzuges, Streichung der Steuerfreiheit für Bewirtungsspesen, Steuerbefreiung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit ohne Einkommensbegrenzung sowie Erhöhung des Spitzensatzes bei der Einkommensteuer. Diesen Forderungen ist uneingeschränkt zuzustimmen, weil sie die Richtung anzeigen, in der eine Steuerreform verwirklicht werden muß. Die arbeitenden Menschen müssen steuerlich entlastet werden, die Großverdiener sollen mehr Steuern zahlen. Das ist der einzig annehmbare Ausgangspunkt für eine Steuerreform.

In der Steuerreformkommission der Regierung haben aber die Vertreter des Großkapitals eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 16 Prozent gefordert. Das würden 17 Milliarden DM mehr sein, die jährlich vom Endverbraucher einzutreiben wären.

Soziale Sicherheit im Alter

eines angenehmen, gesicherten Lebensabends.

Eine Forderung, die noch lange nicht erfüllt ist Im Vordergrund: Erhöhte Renten und Sozialleistungen

Soziale Sicherheit im Alter ist eine alte gewerkschaftliche Forderung. Die Berechtigung dieser Forderung wird verbal von keiner Seite bestritten. Das um so weniger, als der Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik zunimmt. Ende 1968 lebten in der BRD 7,8 Millionen Personen (3 Millionen Männer und 4,8 Millionen Frauen), die das 65. Lebensjahr vollendet hatten. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung war gegenüber 1961 von 11,2 Prozent auf 12,8 Prozent gestiegen. 1910 hat der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches nur 5 Prozent betragen. Für 1980 wird in dem Gesundheitsbericht der Bundesregierung geschätzt, daß er auf 14,5 Prozent steigt.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein sozial gesichertes Alter ist eine Rente oder Ruhegeld in einer Höhe, die nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben die Beibehaltung des durch Arbeit erworbenen Lebensstandards gewährleistet. Die Annahme, daß nach dem Ausscheiden aus der beruflichen Tätigkeit das Leben bedeutend billiger würde, ist falsch. Verminderung der Ausgaben auf der einen Seite (z. B. Fahrkosten für den Weg zur Arbeitsstelle), stehen Mehrausgaben auf der anderen Seite gegenüber (z. B. für altersbedingte Hilfeleistungen).

Der DGB fordert daher zu Recht, daß das Altersruhegeld nach einem erfüllten Arbeitsleben 75 Prozent des Bruttoarbeitsverdienstes betragen soll. Da die Rente netto gezahlt wird, würde das in etwa der Höhe des Nettoverdienstes entsprechen. Tatsächlich liegt aber das Niveau der Rente gegenwärtig im Durchschnitt bei 41 Prozent des Bruttoverdienstes.

Der Kölner Sozialforscher Dr. Blume hat Anfang 1969 errechnet, daß das Existenzminimum eines älteren Menschen bei wenigstens 400 DM liegen müßte. Durch die gerade seit Anfang 1969 eingetretene rapide Verteuerung der Lebenshaltung ist dieses Existenzminimum stark überholt. Die durchschnittliche Höhe des Altersruhegeldes ab 65 Jahre in der Rentenversicherung der Arbeiter erreicht mit 371,50 DM im Monat dieses Existenzminimum nicht einmal. Von den mehr als 5,4 Millionen Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrenten der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung erreichen 57,6 Prozent den Betrag von 400 DM nicht. Von den gut 2,5 Millionen Frauenrenten sind es 87,8 Prozent, von den knapp 2,8 Millionen Männerrenten auch noch 30,1 Prozent, die unter 400 DM liegen.

Bei diesen geringen Renten besteht natürlich Anspruch auf andere, zusätzliche Leistungen, wie Wohngeld, Sozialhilfe usw. Soziale Sicherheit im Alter aber kann nicht heißen, wegen unzureichender Rente auf Bedürftigkeitshilfen angewiesen zu sein.

Zu einem sozial gesicherten Alter gehört allerdings weit mehr, als eine ausreichende Rente. Es gehören dazu eine umfassende medizinische, soziale und kulturelle Betreuung der älteren Menschen und insgesamt eine Lebensatmosphäre, die die älteren Menschen voll am gesellschaftlichen Leben teilhaben läßt. In der allein auf Gewinn und Profit orientierten spätkapitalistischen Gesellschaft kann es eine solche humane Atmosphäre nicht geben. Es ist daher kein Wunder, daß in der Bundesrepublik vieles bezüglich der Betreuung der älteren Menschen im argen liegt.

So steckt in der BRD die Gerontologie (Altersforschung) mit ihren Teilgebieten, darunter die Geriatrie (Altersmedizin), die spezielle vorbeugende medizinische Betreuung, die Entwicklung von speziellen Alterskliniken, u. a. m. noch in den Kinderschuhen. Chronischer Mangel besteht an Alters- und Pflegeheimen und ausgebildetem sachkundigem Personal für diese Einrichtungen. Viele Heime sind überaltert, in ihrer baulichen Ausführung unzureichend und entsprechen in ihrer Ausgestaltung nicht den Bedürfnissen

Immer mehr ältere Menschen haben den Wunsch, auch ihren Lebensabend möglichst selbständig zu gestalten. Dazu bedarf es den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechender Wohnungen (Altenwohnungen) und ergänzender Pflege- und Hilfsdienste: Altagestages- und Begegnungstätten mit gemeinsamem Mittagstisch, „Essen auf Rädern“ für die Versorgung mit warmem Essen in der Wohnung, Besuchs- und Hauspflegedienst usw. Auch hier gibt es in der BRD (regional unterschiedlich stark ausgeprägt) eine akute Mangelsituation.

Das ist auch dadurch bedingt, daß die Initiative und finanzielle Last für die Entwicklung und Unterhaltung von Einrichtungen und Diensten zur Betreuung älterer Menschen im wesentlichen bei den kirchlichen und freien Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen liegt, die sich in ständiger Finanznot befinden. Im Etat des Bundesfamilienministeriums sind nur 18 Millionen DM für die älteren Menschen bereitgestellt, mit denen Forschungsvorhaben und Modellversuche gefördert werden. Einen umfassenden Plan für die Gewährleistung und Verbesserung der Betreuung älterer Menschen gibt es nicht.

Erstmals soll jetzt vom Bundesfamilienministerium ein „Altenprogramm“ veröffentlicht werden. Auch an Ausbildungsstätten für das Personal sozialer Hilfsdienste mangelt es. Nur in einigen Bundesländern ist der Beruf einer Haus- und Familienpflegerin staatlich anerkannt. Arbeitsbedingungen und Bezahlung der in sozialpflegerischen Berufen Tätigen sind meist miserabel, so daß es kein Wunder ist, wenn es auch hier große Lücken gibt.

Als direkt altenfeindlich aber erweist sich das in der Bundesrepublik herr-

Wahlbehinderungen gekontert

Nachdem sich die Unternehmer mit ihrer Forderung nach Sprecherausschüssen für die von ihnen als leitende Angestellte bezeichneten Personen bei der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes nicht durchsetzen konnten, versuchen nach Feststellung der IG Metall einzelne Unternehmer, das neue Gesetz zu unterlaufen. Bei der Agfa-Gevaert AG Camera-Werk in München hatte die Geschäftsleitung „als Vorgriff auf eine zu erwartende gesetzliche Regelung“ noch vor Verabschiedung des neuen Gesetzes in einem von ihr ausgewählten Personenkreis durch Briefwahl einen Sprecherausschuß wählen lassen. Der Betriebsrat hat inzwischen beim Arbeitsgericht die Feststellung beantragt, daß diese Wahl unwirksam ist. Er macht vor

allem geltend, daß rechtswidrig in seine Kompetenzen eingegriffen und daß an der Wahl Beschäftigte beteiligt worden seien, die weder nach dem alten, noch nach dem neuen Gesetz zu den leitenden Angestellten gehörten.

Bei der Adam Opel AG in Bochum hatte die Geschäftsleitung 129 Angestellten mitgeteilt, daß sie nicht berechtigt seien, an der Betriebsratswahl teilzunehmen. Gleichzeitig wurde ihnen nahegelegt, Einspruch gegen ihre Aufnahme in die Wählerliste einzulegen. Die IG Metall erwirkte eine einstweilige Verfügung, mit der die Geschäftsleitung gezwungen wurde, dieses Schreiben zurückzunehmen.

Für soziales Gesundheitswesen

Vorschläge der DKP für Maßnahmen im Gesundheitswesen Für: bessere Betreuung am Arbeitsplatz und im Krankenhaus

Der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei hat der Öffentlichkeit Vorschläge für ein demokratisches und soziales Gesundheitswesen übergeben. Auf einer Pressekonferenz in Bonn erläuterte Grete Thiele, Mitglied des Parteivorstandes, die Vorschläge, mit denen sich die DKP, so sagte Frau Thiele, als einzige Partei in der Bundesrepublik erweist, „die über ein umfassendes, in sich geschlossenes und konstruktives Konzept in der Gesundheitspolitik verfügt und die Gesundheit und Krankheit nicht als isoliertes, rein persönliches Problem des einzelnen betrachtet“.

In den DKP-Vorschlägen wird zunächst darauf hingewiesen, daß Mißstände im Gesundheitswesen keine Zufälle seien, sondern ihre tiefen Ursachen in einem Gesellschaftssystem fänden, in dem alles auf die Vermehrung des Profits der großen Konzerne ausgerichtet sei. Die wesentliche Verantwortung für die ungelösten Probleme und die großen Mängel im Gesundheitswesen trage die CDU/CSU als Interessenvertreterin des Großkapitals. Sie habe in ihrer zwanzigjährigen Regierungszeit das Gesundheitswesen hinter die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Macht gestellt. Während ihrer Regierungszeit seien 260 Milliarden D-Mark für militärische Zwecke ausgegeben, während die Belange der Gesundheit der Bevölkerung größtenteils vernachlässigt worden seien.

Auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung habe in ihrer bisherigen Regierungszeit erkennen lassen, daß von ihr ebenfalls keine grundsätzliche Überwindung der Mißstände zu erwarten sei. Während beispielsweise für das Haushaltsjahr 1972 die Bundesregierung für alle Aufgaben des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit 4,5 Milliarden DM, und davon ganze 100,7 Millionen DM für Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens vorgesehen hat, sollen für militärische Zwecke mehr als 25 Milliarden DM ausgegeben werden.

Ausführlich behandeln die DKP-Vorschläge den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Die Vernachlässigung wirksamer Maßnahmen des betrieblichen Gesundheits- und Unfallschutzes habe

schende spätkapitalistische System infolge ständiger Unsicherheit, in der unsere älteren Menschen wegen nicht abbreifender Erhöhungen der Preise, Tarife und Gebühren für öffentliche Dienstleistungen und Mieten leben. Besonders schutzlos sind dieser Entwicklung die Heimbewohner ausgeliefert. Auch soweit Kommunen und Wohlfahrtsverbände sie betreiben, werden die Heime nach dem „Kostenprinzip“ geleitet. Pflegekosten von 25 DM und mehr pro Tag sind an der Tagesordnung.

Noch schlimmer sieht es zum Teil in privaten Heimen aus, die von ihren Inhabern als „Goldgrube“ auf Kosten der alten Menschen betrieben werden. Eine Zulassungspflicht gibt es für Alten- und Pflegeheime nicht. Jeder kann in dieses „Geschäft“ einsteigen. Zu Recht hat der Direktor des Deutschen Mieterbundes, Helmut Schlich, im vergangenen Jahr geschrieben: „In zahllosen deutschen Altenwohnheimen, Altenstiften, Senioren-Wohnheimen oder wie sie noch alle heißen, bangen heute schon Monat für Monat Tausende alter Leute um ihre Ersparnisse und darum, ob sie auch nach der nächsten Erhöhung des Pensionspreises noch in der Lage sein

werden, aus ihrer Rente diese bestreiten zu können.“ Eine Mitbestimmung der älteren Bürger bei der Verwaltung der Heime, die für sie da sein sollen, gibt es nicht.

Nach dem Grundgesetz soll die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein. Die soziale Wirklichkeit für Arbeiter und Angestellte auch und gerade am Lebensabend sieht in vielfacher Hinsicht anders aus. Die Gewerkschaften werden und müssen sich immer wieder auch für Teillösungen zur Verbesserung der sozialen Situation der älteren Arbeitnehmer einsetzen, so wie mit dem Vorstoß zur Erhöhung der Altersversorgung (s. „Altersrente muß 75 Prozent betragen“, NACHRICHTEN 3/1972).

Alle Teilforderungen sind dem Grundsatz unterzuordnen, daß die Gesellschaft ihren alten Mitbürgern einen sorgenfreien, nicht mit Bedürftigkeitsprüfungen des Sozialamtes, dauernden Preis- und Mieterhöhungen und Unsicherheit in der Wohnung belasteten Lebensabend schuldig ist — ihnen, die ihr Leben lang mit ihrer Arbeitsleistung zur Entwicklung der Gesellschaft beigetragen haben. A. Böpple

verheerende Folgen. Deshalb trete die DKP dafür ein, daß die Arbeiter und Angestellten, die Betriebs- und Personalräte sowie die betrieblichen Gewerkschaftsorgane beim Unfall- und Gesundheitsschutz die volle Mitbestimmung erhalten. Die gesundheitliche Betreuung aller Arbeiter und Angestellten an ihren Arbeitsplätzen soll durch einen von den Betriebsleitungen unabhängigen werksärztlichen Dienst auf Kosten der Unternehmen erfolgen.

Die Krankenhaussituation in der Bundesrepublik, so wird in den Vorschlägen festgestellt, sei besorgniserregend. Das System der Krankenhäuser sei überholt, Verschuldung, Personalmangel und Überalterung seien festzustellen. Die DKP ist der Meinung, daß nur ein öffentlich geplantes, kontrolliertes und finanziertes System allgemeiner und spezialärztlicher Krankenhäuser einem umfassenden Gesundheitsschutz gerecht wird. Sie verlangt deshalb die gemeinsame Planung eines modernen Krankenhaussystems durch Bund, Länder und kommunale Planungsgremien, die sich aus Mitgliedern der staatlichen Verwaltung, Vertretern der Sozialversicherung und der Gewerkschaften zusammensetzen sollen.

Die finanzielle Sicherstellung der Krankenhäuser soll durch Übernahme höherer Kostenanteile durch den Bund und nicht durch Steigerung der Krankenkassenbeiträge und der Pflegesätze erfolgen. Die Behandlung und Pflege der Patienten soll ausschließlich nach medizinischen Gesichtspunkten erfolgen und nicht nach der Zahlungsfähigkeit.

Ausgehend von der Tatsache, daß in der Bundesrepublik wenige Konzerne die Arzneimittelproduktion beherrschen, hält die DKP Maßnahmen zur Arzneimittelkontrolle für besonders dringend. Sie fordert ein umfassendes Arzneimittelgesetz, das den Bürger vor unverantwortlicher Medikamentenherstellung schützt, und den Aufbau eines amtlichen Arzneimittel-Prüfinstitutes, das die Herstellung von Medikamenten in den Betrieben auf ihre Wirksamkeit und Unschädlichkeit zu kontrollieren hat. Grundsätzlich fordert die DKP die Überführung der großen Chemie- und Pharmakonzerne in Gemeineigentum.

In den „Vorschlägen für ein demokratisches und soziales Gesundheitswesen“, so wurde auf der Pressekonferenz erläutert, seien viele Gedanken und Anregungen von Gewerkschaftern, Ärzten und Krankenhauspersonal eingeflossen. Die DKP betrachte ihre Vorschläge als einen Beitrag zu einer öffentlichen Diskussion um die Verbesserung des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik. Dabei muß man unterstreichen, was Grete Thiele auf der Pressekonferenz ausführte: „So sehr wir jede Maßnahme unterstützen, die zu Teilverbesserungen im Gesundheitswesen führt — gründliche Verbesserungen machen eine politische Neuorientierung erforderlich.“ H. S.

Stillelegungen in Hagen

Dr. Frank Deppe, marxistischer Wissenschaftler an der Marburger Philipps-Universität, ist vom hessischen Kultusminister Prof. Dr. von Friedeburg zum Professor für wissenschaftliche Politik berufen worden. Die zunächst vom Kultusministerium betriebene Verzögerung der Berufung hatte in der Studentenschaft und bei mehreren Gewerkschaften harte Proteste ausgelöst. Dr. Deppe hat sich durch Veröffentlichungen zu Fragen der Gewerkschaftspolitik und der Mitbestimmung besonders auch bei Gewerkschaftern einen guten Namen gemacht.

Willi Michels (52), Vorstandsmitglied der IG Metall, wird Arbeitsdirektor bei den Edeltahlwerken Witten AG. Willi Michels, der auch Bundestagsabgeordneter der SPD ist, gibt als Grund für sein Ausscheiden aus der Gewerkschaftstätigkeit die übergroße Beanspruchung an, der er lange Jahre ausgesetzt war. Als Vorstandsmitglied der Witten AG wird er es ruhiger haben und 120 000 DM im Jahr verdienen.

Gerhard Schmidt, bisher Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV, wurde vom Bundesausschuß des DGB neu in den geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gewählt. Schmidt tritt die Nachfolge von Waldemar Reuter an, der den DGB Ende Februar verließ, um einen Posten im Beamtenheimstättenwerk Hameln zu übernehmen. Reuter war das für Beamte zuständige Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. Schmidt wurde 1964 in den Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV gewählt.

Günter Stephan, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, wurde Anfang März 50 Jahre alt. Stephan ist Leiter der Abteilungen Angestellte und Werbung. Nachdem er 1962 vom DGB-Bundeskongreß in Hannover in den geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt worden war, zeichnete er bis 1969 für die Aufgaben der Organisation und die DGB-Jugendarbeit verantwortlich. Günter Stephan ist seit 1952 hauptamtlich in Gewerkschaftsfunktionen; er kommt aus der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, wo er 2. Vorsitzender war.

Dr. Rainer Zoll, bisher stellvertretender Leiter der Pressestelle der IG Metall, wurde vom Vorstand der IG Metall mit der Leitung der Pressestelle beauftragt. Er ist Nachfolger von Dr. Werner Thönnessen, der bereits Ende 1971 seine neue Funktion als stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes in Genf übernommen hat. Zoll ist 37 Jahre alt und seit 1964 in der Pressestelle des Vorstandes der IG Metall tätig.

Interessen der Stahlindustrie erschüttern eine Stadt Die Betroffenen können nicht wirklich mitbestimmen

Nachdem nur der Mannesmann, sind jetzt auch die anderen Stahlgewerkschaften. Das Urteil lautet: Stilllegung der Hütten mit Verlust von 2200

Bereits Ende März die wurde das Walzwerk der Südwestfalen in Hagen-Ed 400 Arbeitsplätzen stillgelegt. samt ca. 2600 Arbeitsplatzverluste für eine Stadt wie Hagen mit rund 200 000 Einwohnern erfassen mit Familienangehörigen Tausende von Menschen und greifen tief in das Leben der Betroffenen ein. Als Folge dieser Entwicklung sprechen Handel und Handwerk in Hagen von einem Umsatzverlust von 30 Millionen DM. Das Leben einer Stadt ist erschüttert.

Die strategischen Pläne der Stahlindustrie: kostengünstige Weltspitzenproduktion durch Konzentration, Rationalisierung, Standortverlagerung und Stilllegung weniger vorteilhafter Kapazitäten — auch „Flurbereinigung“ genannt — zu erzielen, entsprechen keinesfalls kurzfristigen Überlegungen — sie sind seit Jahren geplant und bekannt. Allerdings nur im engen Kreis der Vorstände und ihrer Eingeweihten.

In diese Zielsetzung der Stahlindustriellen sind auch die einschneidenden Maßnahmen im Raum Hagen eingebettet. Den auf Profit, Macht und Vormachtstellung im EWG-Raum orientierten Interessen der Stahlindustriellen stehen die existenzbedrohenden Maßnahmen gegen die Stahlarbeiter gegenüber. Bis auf den letztmöglichen Termin, die Bekanntgabe der Stilllegung, wird ihnen das Todesurteil für ihre Arbeitsplätze vorenthalten, um frühzeitige Abwanderung von Arbeitskräften zu verhindern

Auf der Hasper-Hütte versuchte man, mit dem Köder einer sogenannten Bleibe-Prämie von 40 Pfennig die Stunde und der Verpflichtung zur Aufstockung des Halbzeug-Lagers auf 175 000 Tonnen (Ausgangsmaterialien für die verbleibende Feinisen- und Drahtstraße) die Produktion und damit den Profit bis zur letzten Stunde zu sichern. Das erforderliche Halbzeug von jährlich 600 000 Tonnen soll nach Stilllegung der metallurgischen Basis der Hütte von Südastralien (13 000 km Wasserweg), von Finnland, Frankreich, von der Maximilianshütte in Süddeutschland und der Korf-Gruppe aus Hamburg angeblich preisgünstiger (trotz erheblicher Transportkosten) als durch Eigenerzeugung oder durch Lieferungen aus dem nahen Revier erstanden werden. Auf längere

für 1250 Beschäftigte immer schließen werpe, die Würfel gefallen. basis zum 1. August 1972 und

gesehen kann diese Art der Ver- gung mit Halbzeug niemals die asis für ein zukunftssicheres Draht- und Feinisenzentrum im Hagener Raum sein.

Alle modernen Stahlwerke rüsten zur Zeit kostengünstig auf Oxygenverfahren und Elektroöfen um. Soll im Hagener Raum auf Dauer zumindest noch die Feinisen- und Drahtproduktion ihren Standort haben (in Hagen-Weringhausen soll demnächst eine im Bau befindliche Drahtstraße von „Südwestfalen“ anlaufen), müßte die Versorgung mit Ausgangsmaterialien aus nächstem Raum bzw. aus eigener Produktion gesichert sein.

Inwieweit technische und wirtschaftliche Erfordernisse einer spezialisierten Großproduktion vorliegen und Standortverlagerungen notwendig werden, darf keinesfalls weiterhin den Entscheidungen nur einiger Konzernmanager, unter Mißachtung der Schicksale Tausender Beschäftigter mit ihren Familienangehörigen, überlassen bleiben. Wenn am 4. Oktober 1971 die Hagener Stahlarbeiter in einer machtvollen Kundgebung gegen die einseitige, nur den Interessen der Stahlindustriellen dienende Zielsetzung demonstrierten, dann war diese Protestaktion im Bewußtsein der Mehrheit der Stahlarbeiter gegen die unmittelbaren Auswirkungen der Macht der Konzerne und ihre Verfügungsgewalt gerichtet.

Um das Übel an der Wurzel zu packen, genügt es nicht mehr, nur gegen die Auswirkungen von Konzernentscheidungen zu kämpfen. Es ist die politische Erkenntnis und Zielstellung notwendig, die Machtbefugnisse der Konzerne selbst mit ihrem egoistischen Profitstreben einzuschränken. Die Forderung nach Mitbestimmung im Betrieb, in Wirtschaft und Gesellschaft wird mehr und mehr in der Arbeiterklasse an mobilisierender Kraft gewinnen, wenn sie aktiv vertreten und direkt gegen die Zentren des Machtmißbrauchs gerichtet wird. In dieser Klassenauseinandersetzung wird sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf um die Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Konzerne und Monopole, um die Macht in Staat und Gesellschaft zunehmend durchsetzen.

H. Brankamp

Praktizierte Demokratie

Über die Arbeit des Vertrauensleutekörpers der drei Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke

Das Selbstbewußtsein der Dortmunder Stahlarbeiter ist in dem Maße gewachsen, wie sie die Erfahrung gesammelt haben, daß die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Interessen die Sache aller Gewerkschaftsmitglieder ist. Je höher die Zahl aktiver Gewerkschaftsmitglieder, um so größer die Chance zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Diese Erkenntnis wird seit dem September 1969 nicht mehr vom Tisch zu bringen sein. Längst sind die Vertrauensleutekörper der drei Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke zu Gremien geworden, die bei vielen wichtigen, das Leben der Stahlarbeiter betreffenden Fragen ein gewichtiges Wort mitreden.

Der erste Arbeitsdirektor der Westfalenhütte, der Sozialdemokrat Berndsen, sprach oft und gern über den Vertrauensleutekörper als dem „Parlament der Hütte“. Würde der Kollege Berndsen noch leben, er hätte unter Umständen seine Freude daran, zu sehen, wie dieses „Parlament der Hütte“ es immer besser versteht, sich zum Interessenvertreter der Belegschaften und damit zum Vertreter gewerkschaftlicher Forderungen zu machen. Nicht nur die Konzernvertreter, sondern auch zahlreiche und oftmals gutmeinende Freunde der Gewerkschaften, suchen nach einem „Geheimnis“ für die zahlreichen Aktionen der Dortmunder Stahlarbeiter zur Durchsetzung ihres Willens. Es gibt aber weder „Geheimnisse“ noch „Geheimrezepte“, statt dessen aber einen recht gut arbeitenden gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper mit einer Leitung, die sich bemüht, die innergewerkschaftliche Demokratie zu praktizieren und zu vertiefen.

In allen Abteilungen wurde auf der Grundlage der Gewerkschaftsbeschlüsse von etwa 15 bis 30 Kollegen je ein Vertrauensmann gewählt. Diese Vertrauensleute kommen in der Regel einmal wöchentlich in den jeweiligen Betriebsratsbereichen mit den zuständigen Betriebsratsmitgliedern zu Beratungen zusammen. Hier werden in oft heißen Diskussionen alle Fragen besprochen, die für die Kollegen von Bedeutung sind. Schon hier wird zum Unterschied von manchen Parlamenten nicht nur diskutiert, sondern beschlossen und gehandelt. Nicht selten werden hier die Maßnahmen vereinbart, die dann von den Betriebsräten vertreten werden.

Es hat sich als gut herausgestellt, daß aus diesen Beratungen auch die Vorschläge für den Besuch von Gewerkschaftsschulen gemacht werden. Überhaupt spielt die gewerkschaftliche Bildungstätigkeit in der Arbeit des Vertrauensleutekörpers eine bedeutende Rolle. So werden z. B. unter der Verantwortung der Leitung des Vertrauensleutekörpers regelmäßig Bildungsnachmittage veranstaltet, die sich wachsenden Zuspruchs erfreuen. Überhaupt ist die Vertrauenskörperleitung sehr aktiv und nicht wie in manchen

Betrieben ein Anhängsel des Betriebsrates, sondern die Vertretung der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb.

Bei ihrer Tätigkeit versichert sich diese Leitung der größtmöglichen Unterstützung des gesamten Vertrauensleutekörpers. Je nach Bedarf, mindestens aber einmal in drei Monaten, beruft sie Vertrauensleutevolllersammlungen ein, in denen mit viel Sachverstand diskutiert und beschlossen wird. Wenn z. B. auf der letzten dieser Versammlungen 22 Kolleginnen und Kollegen das Wort ergriffen, so

Fusion Hoesch-Hoogovens

Mit der nunmehr vollzogenen deutsch-niederländischen Stahlfusion zwischen Hoesch (Dortmund) und Hoogovens (Ijmuiden) wurde ein Stahlkonzern geschaffen, der eine Jahreskapazität von 12,5 Millionen Tonnen, 75 000 Mann Belegschaft und über 6 Milliarden DM Umsatz aufweist. Die Fusionsabsicht war schon vor zwei Jahren bekannt geworden. Aber mit einem Streik haben damals die Stahlarbeiter von Hoesch den Zusammenschluß verhindert. Es mußte befürchtet werden, daß im Falle einer Fusion ein Teil der Produktion von Dortmund wegen der profitableren Standortbedingung nach Ijmuiden verlegt würde, und außerdem sollten die Dortmunder Stahlarbeiter ihr Mitbestimmungsrecht verlieren.

Nun ist den Stahlkochern diese Fusion gelungen. Zwar hat man nichts darüber erfahren, daß den Stahlarbeitern in Dortmund ihre Arbeitsplätze gesichert werden, aber was die Mitbestimmung betrifft, wurde ein fauler Kompromiß geschlossen. Anstelle der paritätischen Mitbestimmung nach dem Montan-Mitbestimmungsgesetz erhalten die Stahlarbeiter nun ein Drittel der Sitze im Aufsichtsrat des neuen Konzerns.

Daß die holländischen Stahlarbeiter, die bisher kein Mitbestimmungsrecht

zeigt das, mit welcher Intensität um demokratische Entscheidungen gerungen wird und Standpunkte an der Basis erarbeitet werden. Diese Praxis ist auch die Ursache dafür, daß z. B. während des letzten Lohnkampfes und seiner Vorbereitung Beschlüsse gefaßt wurden, die der Zielprojektion des DGB für 1971 und nicht den Schiller'schen Lohnleitlinien entsprachen. Eben weil die Meinungsbildung sich entsprechend den Erkenntnissen der Braunschweiger Betriebsräte- und Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall von unten nach oben vollzog, traten die Belegschaften einheitlich und massiv gegen den faulen Kompromiß von 6 Prozent auf.

Angesichts der Aktivität der Hoesch-Belegschaften sagte der Bezirksleiter der IG Metall für den Bezirk Essen, der Kollege Paul Manowski: „Denk ich an Dortmund in der Nacht, bin ich um meinen Schlaf gebracht“.

Der Kollege Manowski, der Vorstand der IG Metall und der Kollege Otto Brenner sollten stolz darauf sein, daß immer mehr Gewerkschaftsmitglieder von ihrem Recht Gebrauch machen, die Politik der IG Metall zu bestimmen und es ernst meinen mit der Verwirklichung innergewerkschaftlicher Demokratie. Rudi Skott

kannten, mit der Drittelung des Aufsichtsrates zum ersten Mal in den „Genuß“ von Mitbestimmungsrechten kommen, ist für ihre Dortmunder Kollegen kein Trost. Und wenn es zutrifft, daß sich die IG Metall, die auch diesmal die Fusion hätte verhindern können, ihre Zustimmung mit diesem Mitbestimmungskompromiß abkaufen ließ, könnte man das nur mit Bedauern zur Kenntnis nehmen. -ger

100 Jahre Gewerkschaft Leder

In der Zeit vom 7. bis 11. Mai 1972 feiert die Gewerkschaft Leder, mit rund 60 000 Mitgliedern eine der kleinsten Gewerkschaften im DGB, mit ihrem Gewerkschaftstag ihr hundertjähriges Jubiläum. Neben den 109 ordentlichen Delegierten des Gewerkschaftstages erwartet die Gewerkschaft Leder zahlreiche Gäste. An der Eröffnungsveranstaltung nehmen rund 600 Personen teil, darunter Bundeskanzler Willy Brandt, der auch eine Ansprache hält, sowie der gesamte DGB-Bundesvorstand mit dem Vorsitzenden H. O. Vetter an der Spitze.

Dringende Aufgaben bleiben

Finanzkrise der Städte und Gemeinden ist erdrückend Die Ursache: Monopole und Rüstung haben Vorrang

Der seit Jahren offenkundige finanzielle Notstand der Kommunen in der Bundesrepublik hat in jüngster Zeit eine erneute Zuspitzung erfahren. Vergegenwärtigt man sich die unlängst bekannt gewordenen Kennziffern der Gemeindehaushalte, dann kennzeichnet der Begriff „Finanznot“ die Lage nicht mehr zu treffend. Denn sie machen drastisch deutlich, daß die Entwicklung auf eine umfassende kommunale Finanzkrise zuellt.

Im Jahre 1971 hat die kommunale Gesamtverschuldung mit 52,40 Mrd. D-Mark — das sind 933 DM je Einwohner — alles bisher Dagewesene übertroffen. Von 1970 zu 1971 wuchsen die Schulden um 6,9 Mrd. DM. Allein die der kreisfreien Städte beliefen sich 1971 auf 24,70 Mrd. DM, das sind sogar 1323 DM je Einwohner.

Zugleich sank der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen mit 10,7 Prozent auf den bisher niedrigsten Stand. Vor zehn Jahren, 1961, hatte er noch 11,9 Prozent betragen. Insbesondere die Städte und Großgemeinden sind an der Grenze ihrer Verschuldung angelangt. Investitionen in lebenswichtigen Bereichen der Bevölkerung sind nicht gesichert. Das verfügbare Finanzvolumen für den Bau von Schulen, Straßen, Kindergärten, Einrichtungen des Gesundheitswesens und andere öffentliche Einrichtungen liegt 1972 um mindestens 3 Prozent unter dem des Jahres 1971.

Vertreter kommunaler Spitzenverbände, die nicht umhin können, die Öffentlichkeit mit diesen Tatsachen zu alarmieren, nennen mit den „gestiegenen Baupreisen“ und den „wachsenden Personalkosten“ nur sekundäre, abgeleitete Gründe der kommunalen Finanzmisere. Die tiefen Ursachen der Finanzkrise der Städte und Dörfer — die Unterordnung ihrer Interessen und die ihrer Bürger unter die Profit- und Expansionsziele des Großkapitals und der Vorrang der Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt — werden von ihnen bewußt verschwiegen. Dabei ist der Zusammenhang zwischen der Verschärfung der zyklischen Widersprüche in der Wirtschaft, die Aufblähung des Rüstungshaushalts 1971/72 und der Ausbruch der kommunalen Finanzkrise augenscheinlich.

Die Verschärfung der Finanznot der Kommunen macht gleichzeitig deutlich, daß die 1970 in Kraft getretenen Gesetze zur „Gemeindefinanzreform“ nicht — wie versprochen — eine Besserung der Gemeindefinanzen bewirkte, sondern die Städte und Gemeinden noch stärker als zuvor in die Abhängigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes und der Länder brachte.

Die Städte und Dörfer, die als bürgernahe Verwaltungseinheiten die Hauptlast für den Bau von Schulen, Straßen, Krankenhäusern, Altersheimen, die Sanierung von Wohngebieten, den Unterhalt von Dienstleistungs- und Nahverkehrsbetrieben tragen, sind als Anhängsel der übergeordneten Instanzen des Bundes und der Länder durch die sogenannte Gemeindefinanzreform noch mehr in den ohnehin schon geringen politischen Rechten beschnitten worden. Sie, die zwei Drittel der Investitionen aller öffentlichen Haushalte tragen, sind faktisch auf mildtätige Gaben von Bund und Ländern angewiesen, deren Haushaltspolitik — wie es gerade das Jahr 1971 z. B. mit den drastischen Kürzungen der Investitionen der Gemeinden im Rahmen des im Mai beschlossenen „Stabilisierungsprogramms“ bewies — vorrangig an den kurzfristigen Profitinteressen des Großkapitals und nicht an den Bedürfnissen der Kommunen orientiert ist.

Wirtschafts- und Finanzminister Schiller hat in der Bundestagsdebatte zum Jahreswirtschaftsbericht 1972 für dieses Jahr eine erneute Kürzung der ohnehin schon zu niedrig angesetzten Investitionen der kommunalen Haushalte in Aussicht genommen. Unter dem Schlagwort der „Stabilität“ sollen die Gemeinden zu Prügelknaben der Konjunkturpolitik gemacht werden.

So liegt der Betrag, der aus laufenden Mitteln für Investitionsvorhaben der Städte und Gemeinden zur Verfügung steht, gegenwärtig erheblich unter dem Niveau des Beglnns der 60er Jahre. Die Investitionen der Kommunen wurden darum in den vergangenen Jahren durch einen immer höheren Anteil von Schuldenaufnahmen finanziert. Sie erhöhten sich von 28,8 Prozent 1969 auf 34,5 Prozent 1971 — während der Anteil der Zuweisungen des Bundes und der Länder für kommunale Investitionen im gleichen Zeitraum von 24,1 auf 20,9 Prozent sank.

Bei den kreisfreien Städten stieg der Anteil der Schuldenaufnahme bei der Investitionsfinanzierung sogar von 38,7 auf 43,7 Prozent, während der Anteil der staatlichen Zuweisungen von 27,4 auf 18,9 Prozent sank.

Diese Tatsachen machen deutlich, daß im Ergebnis der Gemeindefinanzreform stärker als zuvor die Lasten staatsmonopolistischer Wirtschafts- und Rüstungspolitik auf direktem und indirektem Wege den Kommunen aufgebürdet werden.

In den Bestimmungen zur Gemeindefinanzreform war auch festgelegt worden, daß die Gemeinden 40 Prozent der konjunkturanfälligen und in ihrem Aufkommen stagnierenden Gewerbesteuer zu gleichen Teilen an Bund und Länder abgeben und dafür mit einem Anteil von 14 Prozent am Aufkommen der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer beteiligt werden. Um den politisch hohen Preis, daß der Bund und die Länder noch stärker Einfluß auch auf die Entscheidungen über die laufende Verwaltung und die Investitionen der Kommunen gewannen und diese direkter den Restriktionsmaßnahmen der Regierung unterworfen wurden, brachte dies zunächst gewisse Mehreinnahmen, die 1970 etwa 2,2 Mrd. D-Mark ausmachten. Durch den sehr hohen Preisauftrieb auf dem Bau- und Bodenmarkt mußten die Gemeinden allerdings 1970 allein durch das Preisdiktat der Baukonzerne 2,6 Mrd. D-Mark mehr für Bauinvestitionen zahlen. Für 1971 lag dieser Mehrbetrag bei rund 2 Mrd. DM und wird bei der Steigerung der Baupreise 1972 um mindestens 6 Prozent weiter anwachsen.

Im Jahre 1971 versuchten verschiedene Städte, wie zum Beispiel Offenbach und Frankfurt, dieser Entwicklung durch Steuererhöhungen zu begegnen. Der Präsident des Städtetages, Koschnick, propagiert diesen Ausweg auch für die Zukunft als den einzig möglichen, um aus der kommunalen Finanzmisere herauszukommen. Andere Vertreter kommunaler Verbände wiederholten die Forderung, den Städten und Gemeinden das verfassungsrechtlich zulässige eigene Hebesatzrecht für den Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer einzuräumen.

Damit würde aber nicht die eigentliche Ursache der Finanzmisere beseitigt, sondern nur die Masse der Bevölkerung von neuen Steuerlasten betroffen. So würden die Kommunen auf Rechnung der Regierung in Bonn die Akteure von Steuererhöhungen bzw. der Erhebung einer neuen Steuer, die mit jener „Bürgersteuer“ vergleichbar ist, die von den Notverordnungs-Regierungen der Weimarer Zeit im Jahre 1930 eingeführt und bis 1945 erhoben wurde. Weiter kommt hinzu, daß eine solche Hebesatz-Bürgersteuer vor allem die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten belasten würde, da die Kommunen nur am Steueraufkommen aus Lohn und Einkommen bis zu 8000 DM (Ledige) bzw. 16 000 DM (Verheiratete) beteiligt sind. Die Lage ist offenkundig

verfähen, und es bleibt nur die Folgerung, daß die kommunale Finanzkrise mit ihren verheerenden Folgen für die Bürger an ihren eigentlichen Wurzeln bekämpft werden muß. Solange die Interessen des Großkapitals und der Rüstung den Vorrang haben, bestehen wenig Möglichkeiten, die Unbel abzuwenden.

Es müssen neue Prioritäten gesetzt werden. Eine Politik des Friedens und der Entspannung durch Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen, durch einen aktiven Beitrag der Bundesrepublik zur europäischen Sicherheit und durch Kürzung des Rüstungsetats könnte die Mittel freimachen, die zur Mildern und Lösung der akuten kommunalen Finanzkrise dringend benötigt werden.

Im einzelnen wäre u. a. notwendig, den Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen zunächst auf 18, dann auf 20 Prozent und später weiter dynamisch zu erhöhen. Zur Stärkung der Investitionskraft der Gemeinden müßte vom Bund eine erste Investitionshilfe von mindestens 4 Mrd. DM gezahlt werden. Die jetzt vorgesehene Zahlung von 1 Mrd. D-Mark aus dem erhöhten Mineralölsteueraufkommen, die in Wirklichkeit nur 545 Mill. DM (nach Abzug der Mittel für S-Bahnbauprojekte der Bundesbahn usw.) ausmachen, reicht bei weitem nicht aus. Weiterhin wäre es erforderlich, die Gemeinden von ihren hohen Schulden da-

Besser informiert durch NACHRICHTEN

durch zu entlasten, daß der Bund 20 Prozent und die Länder 10 Prozent der kommunalen Schulden übernehmen. Großkapitalistische Unternehmen müßten durch eine Umlage zur Deckung der Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, Maßnahmen des Umweltschutzes usw. herangezogen werden; ein neues Bodenrecht muß die Bodenspekulation unterbinden.

Die Durchsetzung des Prinzips der Preiskontrolle durch Gewerkschaften und Verbraucherverbände könnte eines der Mittel sein, um dem Preisdiktat der Konzerne entgegenzutreten. Während die öffentlichen Verkehrsbetriebe sowie die kommunalen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke von der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer befreit werden sollten, müßten die Großunternehmer, Millionäre und Großverdiener höher besteuert werden und deren Steuerprivilegien und Subventionsgeschenke abgebaut werden. M. K.

Leipziger Frühjahrsmesse 1972

**DDR größter Exporteur von Werkzeugmaschinen im RGW
Welthandelsplatz Leipzig gewinnt ständig an Bedeutung**

Die Leipziger Frühjahrsmesse zeigte auch in diesem Jahr ihre hervorragende Rolle als Welthandelsplatz und als Vermittler guter Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und der übrigen Welt. Die Zahl der Aussteller aus 60 Ländern betrug 9225, die auf 350 000 qm Ausstellungsfläche ihre Erzeugnisse vorstellten.

Besucher aus mehr als 80 Ländern bevölkerten die Leipziger City und ließen die Besonderheit Leipzigs als Messestadt sichtbar werden: Die Messe spielt sich nicht am Rande der Stadt ab, Messegelände wie auch die Ausstellungsorte liegen mitten in der Stadt und das läßt ein „Messegelände“ aufkommen, wie es kaum in einer anderen Messestadt anzutreffen ist. In Leipzig sind Stadt und Messe eins.

Rund 24 500 qm Ausstellungsfläche nahmen die 825 Aussteller aus der Bundesrepublik in Anspruch. Das war zwar um ein geringes weniger als im Vorjahr, doch ist das keineswegs ein Zeichen rückläufiger Handelsbeziehungen. Vielmehr ist der Warenaustausch zwischen der DDR und der BRD weiter gewachsen; im letzten Jahr von 4,8 Milliarden auf 5,24 Milliarden DM. In seiner Eröffnungsrede betonte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Günter Kleiber, das große Interesse seines Landes an einem weiteren Ausbau des Handels mit der Bundesrepublik. Allerdings ließ er keinen Zweifel daran, daß eine Ablehnung der Verträge von Moskau und Warschau dieser Entwicklung nur schaden könne.

Auch Erich Honecker hob bei einem Besuch der Krupp-AG-Ausstellung hervor, daß die Ratifizierung der Verträge es ermöglichen werde, gutnachbarliche Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik einzuleiten. Die Ratifizierung könne auch einen erhöhten Warenaustausch und stärkere wirtschaftliche Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil der beiden Länder fördern. Das Interesse für eine positive Entwicklung des Handels mit der DDR wurde auch von den Vertretern der Mannesmann-Röhrenwerk AG, die Erich Honecker anschließend besuchte, zum Ausdruck gebracht.

Starken Eindruck auf die Messebesucher machte auch die weitere Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft, die in einer umfangreichen und alle Gebiete der Technik umfassenden Ausstellung sichtbar wurde. Bekanntlich ist die DDR inzwischen der größte Exporteur von Werkzeugmaschinen innerhalb der sozialistischen Volkergemeinschaft. Daneben war das Überraschende der diesjährigen Messe der erkennbare Fort-

schritt, den die Integration der sozialistischen Länder im „Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe“ (RGW) in den letzten Jahren machen konnte. Heute fallen auf die sozialistischen Länder schon mehr als 40 Prozent der Weltindustrieproduktion. Auch an diesen Zahlen wird deutlich, wie sehr sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus in der Welt verändert hat.

Die Sowjetunion feierte in diesem Jahr ein Jubiläum: Vor 50 Jahren stellte sie zum ersten Male in Leipzig ihre Erzeugnisse aus — Felle, Hölzer, Leinwandgewebe. In diesem Jahr konnten die Messebesucher Spitzenerzeugnisse der Raumfahrttechnik aus der Sowjetunion im Kuppelsaal des Ausstellungsgeländes bewundern. Gezeigt wurden wissenschaftliche Geräte aus dem sowjetischen Raumforschungsprogramm, darunter das Mondmobil Lunochod-1 sowie ein Wostok-Trägerraketentriebwerk. Hauptanziehungspunkt waren aber zwei zur ersten experimentellen Orbitalstation zusammengekoppelte Sojus-Raumschiffe.

Die diesjährige Frühjahrsmesse war einmal mehr ein Beweis für das klägliche Scheitern der CDU/CSU-Politik, die DDR in der Welt politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Nicht nur die westeuropäischen Staaten wie Frankreich und Schweden erweitern ihre Handelsbeziehungen zur DDR, die beide mit einer breiten Palette hochwertiger Erzeugnisse der Investitions- und Konsumgüterindustrie in Leipzig vertreten waren, sondern auch Japan und die DDR können auf eine ansteigende Entwicklung ihres Außenhandels hinweisen. In Leipzig zeigte Japan eine umfangreiche Kollektivausstellung, auf der rund 90 bedeutende Konzerne und Handelshäuser Japans vertreten waren.

Wie aus dem Abschlußkommunique der Frühjahrsmesse 1972 hervorgeht, wurde ein wertvoller Beitrag zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration geleistet und dem Welthandel neue Impulse gegeben. Nicht zuletzt war Leipzig ein Symbol dafür, daß auch der Handel eine völkerverbindende Funktion hat, wenn er sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Länder und im Sinne einer friedlichen Verständigung abspielt. sr

Starke Stellung im Betrieb

Über die Arbeit der Gewerkschaften in der DDR Gesetzbuch der Arbeit und betriebliche Praxis

Die in der DDR stattfindenden Neuwahlen der gewerkschaftlichen Leitungen und Vorstände haben — das beweisen die inzwischen abgeschlossenen Wahlen der Vertrauensleute, der Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitungen — zu einer verstärkten Aktivität der Gewerkschaften bei der Vertretung der Arbeiterinteressen geführt. Mehr als eine Million Vorschläge und Hinweise zu Fragen der Produktion sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen wurden durch die DDR-Gewerkschafter in den betrieblichen Wahlsammlungen unterbreitet. Mit Hartnäckigkeit dafür zu sorgen, daß diese nunmehr realisiert werden, bezeichnete der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke als „oberstes Gebot der Gewerkschaftsarbeit“.

Die breite Skala der Vorschläge — sie reichen von Fragen der Leitungstätigkeit im Betrieb, über Rationalisierungsmaßnahmen, bis zu Problemen des Arbeitsschutzes, der Arbeiterversorgung und der Freizeitgestaltung — spiegelt, bezogen auf den einzelnen Betrieb, den Inhalt der vom VIII. Parteitag der SED verkündeten Hauptaufgabe wider: die weitere allseitige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion.

Eine Überprüfung von 18 Rationalisierungsvorhaben in Schweriner Betrieben durch den FDGB-Betriebsvorstand ergab kürzlich: An 221 Arbeitsplätzen wurden bessere Arbeitsbedingungen geschaffen. 24,4 Prozent aller Rationalisierungsvorschläge wurden im Kollektiv erarbeitet, 52 Prozent kommen auf das Konto ideenreicher einzelner Produktionsarbeiter. Jeder vierte Neuerervorschlag beschäftigt sich mit Problemen zur besseren Gestaltung der materiellen Arbeitsbedingungen.

Eine der wesentlichsten Möglichkeiten der Beschäftigten in der DDR, auf das Betriebsgeschehen Einfluß zu nehmen, ist seine Mitwirkung an der Ausarbeitung der betrieblichen Pläne, die nicht nur die Produktionsaufgaben des Betriebskollektivs festlegen, sondern ebenso die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Planjahr. Der Betriebsleiter ist nicht nur verpflichtet, in enger Zusammenarbeit mit der BGL — der übrigens auch ein eigenes Vorschlagsrecht zusteht — den Planentwurf vor den Werktätigen zur Diskussion zu stellen, sondern auch ihre Vorschläge bei der endgültigen Ausarbeitung des Planes zu berücksichtigen. Können Vorschläge nicht berücksichtigt werden, ist dies gegenüber den Werktätigen zu begründen (§ 15 GBA).

Ein Organ, das durch einen Beschluß jüngsten Datums an Autorität gewonnen hat, ist die Ständige Produktionsberatung. Dieses von den Werktätigen gewählte Gremium, das ein Organ der Betriebsgewerkschaftsorganisation ist, wirkt insbesondere an der Aus-

arbeitung wichtiger Rationalisierungsvorhaben im Betrieb mit, setzt sich für die Verwirklichung der Vorschläge der Werktätigen ein, nimmt Einfluß auf die Verbesserung der Organisation der Arbeit und hat das Recht, vom Betriebsleiter die Beseitigung aller Mängel zu verlangen.

Eindeutig im Interesse der DDR-Arbeiter sind auch die Rechte der Gewerkschaften in den Fragen der betrieblichen Lohnpolitik und des Prämienwesens geregelt. So kann die Eingruppierung der betrieblichen Arbeitsaufgaben in Lohn- bzw. Gehaltsgruppen nur nach Zustimmung durch die zuständige Gewerkschaftsleitung in Kraft gesetzt werden (§ 42 GBA). Die Lohnformen, nach denen im Betrieb gearbeitet wird, sind vom Betriebsleiter unter Mitwirkung der Werktätigen zu erarbeiten und bedürfen ebenfalls der Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung (§ 45 GBA). Gleiches gilt für die betrieblichen Prämienzahlungen, insbesondere für die Jahresendprämie, deren Höhe in der Regel ein Monatslohn erreichen (§ 53 GBA). Ohne Mitbestimmung der BGL sind alle Festlegungen des Betriebsleiters — auf diesem für die Arbeiter so wichtigen Gebiet — rechtsunwirksam.

Umfassende Rechte stehen den betrieblichen Gewerkschaftsleitungen auch in allen Personalangelegenheiten zu. Jede Änderung eines Arbeitsvertrages oder Beendigung eines Arbeitsrechtsverhältnisses z. B. bedarf — soll sie Rechtskraft erlangen — der Zustimmung der Gewerkschaft (§§ 30 und 31 GBA). Eindeutig widerspiegeln schließlich die Betriebskollektivverträge die Interessen der Beschäftigten. Sie legen innerbetrieblich verbindliche Pflichten der Betriebsleitung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen fest und werden jährlich zwischen der BGL und der Betriebsleitung abgeschlossen.

Angesichts der Fülle und Konkretetheit der im Arbeitsrecht der DDR niedergelegten Rechte der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften ist es hier nicht möglich, sie alle detailliert wiederzu-

geben. Entscheidend ist, daß diese Rechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern in der täglichen Praxis so genutzt werden, daß die Arbeiterklasse mit Hilfe der Gewerkschaften immer entscheidender Einfluß auf die Gestaltung der betrieblichen Verhältnisse und die gesellschaftliche Entwicklung nimmt.

Natürlich gibt es auch in den DDR-Betrieben noch so manchen Wirtschaftsleiter, der die Mitarbeit der Werktätigen, ihre Vorschläge und Rechte ungenügend beachtet und die Mitbestimmung der Gewerkschaft unterschätzt. In dem volkseigenen Papiermaschinenwerk Freiberg zum Beispiel, hatten die Gießer oft die unzumutbare Staubentwicklung kritisiert und Vorschläge zur Veränderung gemacht. Doch sie stießen auf taube Ohren. Hinweise der betrieblichen Gewerkschaftsleitung blieben ebenfalls unbeachtet. Da nahm die Gewerkschaft ihre in § 12 des Gesetzbuches der Arbeit enthaltenen Rechte in Anspruch. „Die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen haben das Recht“, heißt es hier, „bei mangelhafter Erfüllung der Aufgaben, bei Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit und bei Mißachtung der Rechte der Gewerkschaften durch Betriebsleiter oder leitende Mitarbeiter von dem übergeordneten Leiter zu fordern, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.“ Inzwischen wurde die körperlich schwere Arbeit beseitigt.

Bei der Durchsetzung der Arbeitervorschläge gehen die Gewerkschaften der DDR von dem im Gesetzbuch der Arbeit garantierten Recht auf Arbeit aus. Dieses Recht schließt nicht nur das Recht auf einen Arbeitsplatz im Betrieb ein, es enthält gleichzeitig das Recht auf die schöpferische Mitwirkung des Arbeiters an der Leitung des Betriebes und an der Planung der Wirtschaft (§ 2 GBA). Das Prinzip der Einzelleitung gilt selbstverständlich auch in den sozialistischen Betrieben der DDR. Der demokratische Zentralismus verpflichtet jedoch den Leiter, sich bei der Entscheidungsfindung auf die Mitwirkung der Werktätigen zu stützen, die bewußte kollektive Zusammenarbeit der Werktätigen, unabhängig vom Unterstellungsverhältnis, zu sichern (§ 39 GBA).

„Die Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane und der Betriebe“, heißt es in der gleichen gesetzlichen Bestimmung, „gehen in ihrer Führungstätigkeit von dem Grundsatz aus, daß alles, was der Gesellschaft nützt, auch für den Betrieb und für den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein muß.“ Das ist übrigens auch die Grundlage der in der Regel erfolgreichen Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der staatlichen Leiter in den Betrieben der DDR, einer Zusammenarbeit, die die konsequente Kontrolle der Einhaltung der Prinzipien sozialistischer Leitungstätigkeit durch die Gewerkschaft im Interesse der Arbeiter einschließt.

Dr. Otte

Der Kampf der Bergarbeiter

Britische Bergarbeiter siegten durch Entschlossenheit und Solidarität – Bericht unseres Mitarbeiters in London

Die britischen Bergarbeiter haben als Ergebnis eines siebenwöchigen solidarisch und kämpferisch geführten Streiks einen außerordentlichen Sieg errungen. — Erstens haben sie eine für Arbeiter im öffentlichen Sektor der Wirtschaft ungewöhnlich hohe Lohnerhöhung (ca. 20 Prozent) erkämpft. Zweitens haben sie diesen Sieg zu einem Zeitpunkt errungen, als es die erklärte Regierungspolitik war, allen Lohnforderungen im öffentlichen Sektor starken Widerstand entgegenzusetzen, nicht zuletzt deshalb, um den privaten Unternehmern ein Beispiel zu geben, wie sie sich verhalten sollten. Drittens, und das ist wahrscheinlich das Wichtigste, wurde es für jedermann sichtbar, daß die Bergarbeiter die Regierung besiegt hatten.

Die Presse hatte versucht, eine öffentliche Kampagne zu starten, um das Gesicht der Regierung zu wahren. Diese Kampagne ging größtenteils von der Behauptung aus, daß die Lohnforderungen der Bergarbeiter ein „besonderer Fall“ und deshalb Forderungen anderer Arbeitergruppen nicht gerechtfertigt seien. Man kann wohl mit Sicherheit voraussagen, daß die anderen Gewerkschaften daraus die entsprechende Lehre ziehen werden: daß nämlich der „besondere“ Charakter der Forderungen der Bergarbeiter darin bestand, daß sie streikbereit und gewillt waren, so lange zu streiken, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Da ein nationaler Streik aller Bergarbeiter ein seltenes Ereignis ist (der letzte war 1926), kann man auch etwas „Besonderes“ an ihrer Kampfentschlossenheit feststellen. Das hat wichtige Gründe: Nach 1958 gab es 800 000 Bergarbeiter in Großbritannien. Heute sind es nur noch 280 000. Dies ist natürlich immer noch eine große Anzahl von Arbeitern; aber es hat ein drastischer Schrumpfungsprozeß stattgefunden, dessen psychologische Wirkung auf die Bergarbeiter und ihre Gewerkschaft nicht unterschätzt werden darf.

Die historische Bedeutung der Kohle für die britische Wirtschaft ist eine direkte Folge des vorhandenen Überflusses an Kohle in Großbritannien. Aber gerade dieser Überfluß, der zu einer chronischen Überproduktion und folglich zu einem Sinken des Marktpreises für Kohle führte, ist das größte Hindernis für die Bergarbeiter gewesen, ihr Gehalt und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die große wirtschaftliche Depression der 20er und 30er Jahre drückte die Löhne der Bergarbeiter bis auf das Existenzminimum herunter, und gerade während dieser Zeit wurde die Nationalisierung der Bergwerke das wichtigste politische Ziel der Gewerkschaft. Dieses wurde schließlich 1947 unter einer Labour-Regierung erreicht.

Unter den Bedingungen der Nationalisierung sowie der nationalen Brennstoffkrise und des Arbeitskräfteman-

gels in den Bergwerken in der Nachkriegszeit konnten die Bergarbeiter ihre eigene soziale Lage schnell verbessern und zählten in den 50er Jahren zu den höchstbezahlten Arbeitern Großbritanniens.

Die Kohle unterlag jedoch einer wachsenden Konkurrenz durch die Ölmonopole, die eine aggressive Preispolitik verfolgten. Als Resultat dieses Konkurrenzkampfes begann der Markt für Kohle ab 1958 schnell zu schrumpfen. Der Vorstand der nationalisierten Kohlegesellschaft als ausführende Vertretung der Regierung beschloß massive Einschränkungen der Förderung. Im folgenden Jahrzehnt wurde die Zahl der Bergarbeiter auf die Hälfte, die Zahl der Zechen auf einen noch kleineren Teil reduziert. Dieser Rationalisierungs- und Schrumpfungsprozeß war in seinen Auswirkungen sehr unterschiedlich. In Schottland, Nordostengland und Wales, die ohnehin schon von einer allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit betroffen waren, gab es die meisten Zechenstilllegungen und Entlassungen.

Während dieser Zeit der schnellen Schrumpfung wurden die Bergarbeiter fortwährend mit folgender Propaganda konfrontiert: „Es herrscht eine starke Konkurrenz auf dem Brennstoffmarkt; wenn ihr höhere Löhne verlangt, dann steigt der Kohlenpreis; das bedeutet eine geringere Nachfrage nach Kohle und damit weniger Arbeitsplätze im Bergbau. Sicherheit also eure Arbeitsplätze, indem ihr eure Lohnforderungen bescheiden haltet.“

Die scheinbare Logik dieser Propaganda hatte den gewünschten Effekt. Die Bergarbeiter und ihre Gewerkschaft stellten wirklich nur bescheidene Lohnforderungen, und sie fielen von einer Spitzenposition in der Lohnskala der Industriearbeiter auf eine der untersten Stufen herab. Aber während die Bergarbeitergewerkschaft mit dem Management auf diese Weise „kooperierte“, gingen die Stilllegungen weiter. Am Ende jeder der aufeinanderfolgenden Schrump-

fungsphasen rief das Management nach weiteren Rationalisierungsmaßnahmen. Die Bergarbeiter verlangten eine nationale Brennstoffpolitik, um die Kohleproduktion zu stabilisieren; aber sowohl die konservative als auch die Labourregierung mieden das Problem und machten halbe Versprechungen, die unerfüllt blieben. Es war offensichtlich, daß die Bergarbeitergewerkschaft trotz ihrer kooperativen Haltung weder die Löhne noch die Arbeitsplätze gesichert hatte.

Als es der Masse der Bergarbeiter klar wurde, daß man sie an der Nase herumgeführt hatte, entstand in den Kohlengebieten eine wachsende Kampfbereitschaft. 1969, 1970 und 1971 wurden zwar — hauptsächlich durch Produktivitätsabkommen — Lohnerhöhungen erzielt, aber die in diesen Jahren besonders starke Inflation machte die Verbesserungen faktisch wieder zunichte.

Dies alles bildet den Hintergrund zum Bergarbeiterstreik 1972. Die Bergarbeiter wollten eine Lohnerhöhung erringen, die sie wieder in ihre alte Position als eine der höchstbezahlten Arbeitergruppen brächte. Da ihre Arbeit hart und gefährlich ist (zwei Drittel leben nicht lange genug, um ihre Pension in Anspruch zu nehmen), meinten sie, daß ihnen hohe Löhne zuständen. Sie wußten trotz aller Propaganda über Atomenergie, Öl und Erdgas, daß die britische Wirtschaft nicht ohne Kohle funktionieren konnte. Sie wußten auch, daß das berüchtigte „Gesetz über die industriellen Beziehungen“ (ein Anti-Streik- und -Gewerkschaftsgesetz der Regierung) nur eine leere Drohung bliebe, wenn sie vereint kämpften. In beiden Punkten behielten sie recht.

Bei der Durchführung des Streiks sind vor allem die Aktivitäten der Streikposten zu erwähnen, an denen etwa 60 000 Bergarbeiter teilnahmen. Sie erkannten die strategische Bedeutung der Kraftwerke (72 Prozent der Elektrizität wird in Großbritannien durch Kohleverbrennung gewonnen) und bewachten diese von Beginn des Streiks an mit Streikposten. Die Regierung gab sich selbstsicher, da die Kohlereserven hoch seien. Das war auch richtig, aber sie wurden unterschiedlich verteilt, und so richteten die Bergarbeiter ihre Aufmerksamkeit auf den Kohletransport. Die Zusammenarbeit mit der Eisenbahnergewerkschaft funktionierte sofort, und keine Kohle wurde während des Streiks mit der Eisenbahn transportiert.

Der Kohletransport durch Lastwagen war schwieriger zu verhindern: die Zusammenarbeit mit der Transportarbeitergewerkschaft war zwar gut, aber es gibt Hunderte von Nahverkehrssubstitutionen mit nicht-organisierten Arbeitern. Allmählich wurden die Streikposten vor den Kraftwerken immer effektiver, so daß ein

Kraftwerk nach dem anderen geschlossen werden mußte, einschließlich einiger Ölverbrennungswerke.

Die Behauptung der Regierung, daß der Streik nur Probleme für die Bergarbeiter selber brächte, erwies sich am Ende der fünften Woche als Bluff, als Notstandsmaßnahmen getroffen wurden, um die Elektrizität zu rationieren und als eine spezielle Untersuchungskommission unter Lord Wilberforce gebildet wurde. Wilberforce, der offensichtlich im Auftrag einer nun panischen Regierung handelte, legte innerhalb weniger Tage einen Bericht vor, der ein relativ großzügiges Angebot enthielt:

Die Empfehlungen von Wilberforce:
Hauer 4,50 Pfund mehr pro Woche
andere Untertagearbeiter 6 Pfund mehr pro Woche
Übertagearbeiter 5 Pfund mehr pro Woche

Die Forderungen der Bergarbeiter:
Hauer 5 Pfund mehr pro Woche
andere Untertagearbeiter 8 Pfund mehr pro Woche
Übertagearbeiter 9 Pfund mehr pro Woche

Die Führer der Bergarbeiter haben dieses Angebot nicht sofort angenommen, sondern änderten in den Schlußverhandlungen mit dem Premierminister ihre Taktik und erreichten zusätzlich zu den Wilberforce-Empfehlungen weitere Verbesserungen: 5 zusätzliche Urlaubstage, höhere Lohnraten für bestimmte hochspezialisierte Arbeiter, höheren Lohn für Jungarbeiter und höhere Gratifikationen.

Es herrscht kein Zweifel, daß die strategische Wichtigkeit der Kohle für die nationale Industrie ein Grund für den Sieg war. Aber die militanten Streikposten sowie die Sympathie und die Unterstützung anderer Gewerkschaften, auf nationaler und internationaler Ebene, waren genau so entscheidend. Da die Regierung dieser vereinten Front nicht nur der Bergarbeiter, sondern praktisch aller Gewerkschaften gegenüberstand, wagte sie nicht, das berüchtigte „Gesetz über die industriellen Beziehungen“ anzuwenden, das ganz offensichtlich keine Bedeutung in der Auseinandersetzung hatte.

Das bedeutet nicht, daß das Anti-Gewerkschaftsgesetz ungefährlich ist. Es ist potentiell eine große Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Es wird zweifellos von der Regierung gegen kleinere und schwächere Gewerkschaften angewandt werden. Aber wenn die anderen Gewerkschaften einsehen, daß die Bedrohung einer Gewerkschaft eine Bedrohung aller Gewerkschaften ist, und sie sich weiterhin solidarisch wie in diesem Fall verhalten, dann wird das Anti-Gewerkschaftsgesetz mit seiner ganzen ausgeklügelten Maschinerie in den Mülleimer der Geschichte geworfen werden. Henry Overstrand, London

Betriebsverfassungsgesetz 72

Eine aktuelle Neuerscheinung im NACHRICHTEN-Verlag
Vollständiger Wortlaut – kommentiert für die Praxis

Noch im Monat April erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH das bereits angekündigte Buch von Gerd Siebert zum Betriebsverfassungsgesetz (etwa 250 Seiten, 7,50 DM). Das Buch enthält den Gesetzestext und gibt zu den einzelnen Paragraphen sowohl grundsätzliche Wertungen als vor allem auch Hinweise für die Auslegung und praktische Anwendung. Nachstehend ein Auszug aus der Kommentierung zu § 2 BetrVG als Leseprobe:

§ 2 Stellung der Gewerkschaften und Vereinigungen der Arbeitgeber

(1) Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes zusammen.

(2) Zur Wahrnehmung der in diesem Gesetz genannten Aufgaben und Befugnisse der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften ist deren Beauftragten nach Unterrichtung des Arbeitgebers oder seines Vertreters Zugang zum Betrieb zu gewähren, soweit dem nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufs, zwingende Sicherheitsvorschriften oder der Schutz von Betriebsgeheimnissen entgegenstehen.

(3) Die Aufgaben der Gewerkschaften und der Vereinigungen der Arbeitgeber, insbesondere die Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Die Bestimmungen des § 2 verdeutlichen einen wesentlichen Grundzug des BetrVG: das Bestreben, der Zusammenarbeit und einheitlichen Aktion der Arbeiterschaft – von Gewerkschaft, Betriebsrat, gewerkschaftlichem Vertrauensleutekörper und Belegschaft – entgegenzuwirken. Grundsätzlich werden die Gewerkschaften als betriebsfremde Elemente betrachtet, denen man „Zutritt“ gewährt. Die Absicht ist unverkennbar: Die organisierte Kampfkraft der Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter im Betrieb und in ihrer Gesamtheit soll geschwächt werden.

Zu Abs. 1: Der Grundsatz der „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit von Betriebsrat und Unternehmer ist eindeutig arbeiter- und gewerkschaftsfeindlich. Er wurde aus dem § 49 des abgelösten BetrVG übernommen und zielt dahin, eine wirksame Interessenvertretung der Beschäftigten durch den Betriebsrat zu behindern bzw. unmöglich zu machen. Wiederum wird versucht, die allein gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten

gerichtete Ideologie und Praxis der „Sozialpartnerschaft“, entgegen den realen Gegebenheiten in den kapitalistisch beherrschten Betrieben, zum Tragen zu bringen...

Betriebsräte sind demokratisch gewählte Vertreter der Arbeiter und Angestellten des Betriebes. Als ihre Interessenvertreter sind sie verpflichtet, sich allein an den berechtigten Forderungen und Anliegen der Beschäftigten auszurichten. Für die Betriebsräte ist es darum folgerichtig, daß sie im Umgang mit dem Unternehmer und seinen Vertretern eine von den Belegschaftsinteressen be-

Das aktuelle Buch

stimmte sachliche Konsultation und Anwendung aller Rechte in eigener Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen praktizieren. Dazu berechtigt sie auch die Bestimmung, „... zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes“ zu wirken, zumal es ein „Wohl“ von Maschinen und Gebäuden nicht gibt...

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit kann es von der Sache und der Interessenlage her nur mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Betrieb und mit der Gewerkschaft geben. Nur die Gewerkschaft als Gesamtheit, auf die sich jeder einzelne Betriebsrat stützen kann, ist die Kraft, die letztlich dafür garantiert, daß auch die betrieblichen Forderungen durchgesetzt werden können...

Zu Abs. 2: Diese Bestimmung gibt der Gewerkschaft Handhaben, um die für eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten notwendige Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, aber auch den Beschäftigten selbst, anzustreben und zu praktizieren...

Der Gewerkschaftsvertreter hat in jedem Fall „nach Unterrichtung des Arbeitgebers oder seines Vertreters“ das

Analyse des Reformismus in der Arbeiterbewegung Ein aktuelles Buch für den politischen Praktiker

Eine umfassende Darstellung der Theorie und Politik des Sozialdemokratismus enthält das unlängst im Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main, herausgegebene Buch „Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart“, 511 Seiten, DM 14,80, eines Kollektivs sowjetischer Wissenschaftler.

Die Ideologie des Großkapitals steckt in einer tiefen Krise. Sie vermag immer weniger, Antworten auf die neuen gesellschaftlichen, menschlichen und wissenschaftlich-technischen Probleme unserer Zeit zu geben. Die herrschenden Kreise des Großkapitals suchen deshalb lieberhaft nach neuen „realen Utopien“ oder „gesellschaftlichen Leitbildern“ als Alternativen zum Sozialismus. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Sozialdemokratismus.

Diese kollektive Arbeit vermittelt aus marxistisch-leninistischer Sicht und auf der Grundlage reichhaltigen und



Recht, in den Betrieb zu gehen. Die Unterrichtung des Unternehmers ist nur eine formelle Angelegenheit. Er darf auch keinen Einfluß darauf nehmen, wer oder wie viele Beauftragte als Vertreter der Gewerkschaft in den Betrieb kommen. Der Zugang darf nur aus den in Abs. 2 genannten Gründen verweigert werden. Im allgemeinen dürfte es dem Unternehmer schwerfallen, diese Gründe geltend zu machen. Er muß den Beweis antreten, daß sie zutreffen.

„Unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufs“ können als Verweigerungsgrund bestenfalls geltend gemacht werden, wenn das Erscheinen der Gewerkschaftsvertreter im Betrieb und ihr konkretes Anliegen nur mit Produktionsstopp zu realisieren wären. „Zwingende“ Sicherheitsgründe sind nur dann gegeben, wenn der Zutritt zu einer Betriebsabteilung bzw. bestimmten Arbeitsplätzen für alle dort nicht beschäftigten Personen aus Gründen der Gefahr für Leib und Leben generell verboten ist. Auch der „Schutz von Betriebsgeheimnissen“ läßt sich schwerlich gegen das gewerkschaftliche Zutrittsrecht mobilisieren. Wo mehrere oder gar viele Beschäftigte ständig mit sogenannten „Betriebsgeheimnissen“ zu tun haben, wird man erstens von Geheimhaltung kaum noch reden und darum zweitens einen Gewerkschaftsvertreter nicht fernhalten können. Das Zutrittsrecht zum Betrieb muß als Recht der Gewerkschaft auf freien und ungehinderten Zugang zum Arbeitsplatz angewendet werden...

beweiskräftigen Quellenmaterials einen übersichtlichen Einblick in die philosophischen Grundlagen des heutigen Sozialdemokratismus, in dessen Gesellschafts- und Staatsauffassung und auch Ethik. Die Autoren setzen sich zugleich mit gängigen sozialdemokratischen Argumenten auseinander und bestimmen nach einer gründlichen Analyse auch ihren klassenmäßigen Standort. „Das Autorenkollektiv ging davon aus“, so heißt es in der Einleitung über die Zielstellung des Buches, „daß eine kritische Untersuchung der theoretischen und sozialpolitischen Vorstellungen der Konzeptionen des Sozialdemokratismus eine Hilfe im Kampf für die grundlegenden Interessen der internationalen Arbeiterklasse, für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit ihrer Kampfreihen sein dürfte.“

Zweifellos ist das Buch auch in der Bundesrepublik eine Waffe in den Händen der Arbeiterklasse im Kampf für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt. Gerade in der Bundesrepublik sind die Theorien der sozialdemokratischen Führung die wichtigste theoretische und politische Stütze des Großkapitals innerhalb der Arbeiterbewegung. Es ist ein Verdienst dieser Arbeit, anhand gängiger Argumente umfassend das Wesen und die Rolle der sozialdemokratischen Theorie und Praxis innerhalb der spät-kapitalistischen Gesellschaft markiert zu haben, so im einzelnen in den Kapiteln „Die philosophischen Grundlagen der reformistischen Ideologie“, „Die Sozialphilosophie des gegenwärtigen Reformismus“, „Die reformistische Theorie von der gemischten Wirtschaft“, „Der Reformismus über Klassen und Klassenkampf“, „Die Apologie des gegenwärtigen imperialistischen Staates und der bürgerlichen Demokratie durch die Ideologen des Reformismus“, „Revolutionen und Reformen in den Konzeptionen der Ideologen des Reformismus“, „Reform und Revisionismus“ u. a. m.

Das Buch ist durch seine wissenschaftlich fundierte und auch abgerundete Auseinandersetzung mit der Ideologie des Sozialdemokratismus ein wichtiger Beitrag der marxistischen Literatur und unentbehrlich für die Theorie der Arbeiterklasse und die politische Praxis in der BRD. Fritz Krause

DDR: Familienförderung und Senkung der Neubaumieten

Weitere sozialpolitische Maßnahmen zur Entwicklung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in der DDR hat der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, angekündigt. Die Maßnahmen, an deren Ausarbeitung die Gewerkschaften beteiligt sind, beziehen sich auf eine Erhöhung der Mindestrenten, auf die staatliche Förderung der Ehe, von Mutter und Kind und auf die Senkung der Mieten für Neubauwohnungen, obwohl diese — wie die französische Nachrichtenagentur AFP dazu anmerkte — für westliche Verhältnisse ohnehin niedrig sind. Im April werden das ZK der SED sowie der Bundesvorstand des FDGB die neuen Schritte abschließend behandeln.

Mehr Frauen und Jugendliche in den Leitungen

Die über 7 Millionen Mitglieder des FDGB verteilen sich nach jüngster statistischer Feststellung auf 29 062 betriebliche Gewerkschaftsorganisationen. In den Betriebsgewerkschaftsleitungen wurden bei den Gewerkschaftswahlen 235 778 Mitglieder gewählt, davon sind 109 325 Frauen und 21 604 Jugendliche. Von den 29 062 Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitungen sind 8416 Frauen. Der Anteil der weiblichen BGL-Mitglieder erhöhte sich gegenüber den Gewerkschaftswahlen 1970 von 46,1 auf 46,4 Prozent, der der jugendlichen BGL-Mitglieder von 8,4 auf 9,2 Prozent.

1972 — Jahr der Gewerkschaftskongresse

Für die Gewerkschaften einer Reihe sozialistischer Länder ist das Jahr 1972 das Jahr ihrer Gewerkschaftskongresse. So begann am 20. März im Kongreßgebäude des Kremis in Moskau der XV. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften, der über den Beitrag der 98-Millionen-Organisation zum weiteren Aufbau der kommunistischen Gesellschaft beraten hat. Ihm war der Kongreß der bulgarischen Gewerkschaften vorausgegangen. In der CSSR, in der Volksrepublik Polen, in der Demokratischen Republik Vietnam und in der DDR sind die Kongreßvorbereitungen in vollem Gange.

Charakteristisches Merkmal aller dieser Kongresse ist, daß sie die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in Übereinstimmung mit den staatlichen langfristigen Wirtschaftsplänen zum Hauptgegenstand ihrer Beratungen gemacht haben. Ihr dient auch der breite Erfahrungsaustausch über den Produktionswettbewerb.

IG Metall bleibt mit 2,3 Millionen größte Gewerkschaft

- 27. bis 29. April
8. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Essen.
- 4. Mai
Eröffnung der Ruhrfestspiele.
- 7. bis 12. Mai
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Böblingen.
- 12. und 13. Mai
Bundesfrauenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Nürnberg.
- 28. Mai bis 3. Juni
7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Westberlin.
- 2. und 3. Juni
Bundesjugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Osnabrück.
- 25. Juni bis 1. Juli
9. ordentlicher Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Westberlin.
- 26. bis 30. Juni
8. Bundeskongress des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR in Berlin.
- 10. bis 14. Juli
10. Weltkongress des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IGFB) in London.
- 13. und 14. Juli
XV. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock.
- 3. bis 10. September
Herbstmesse in Leipzig.
- 17. bis 22. September
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Nürnberg.
- 17. bis 23. September
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund.
- 24. bis 28. September
10. Gewerkschaftskongress der IG Bergbau und Energie in Hannover.
- 24. bis 30. September
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Mainz.
- 1. bis 6. Oktober
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Dortmund.

Seit der Rezession im Jahre 1967 haben die Gewerkschaften in der Bundesrepublik kräftig an Mitgliedern zugenommen. Obwohl die Beschäftigungszahlen in der Industrie leicht zurückgehen, stiegen die Mitgliederzahlen der 16 dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften im ganzen von 6,38 Millionen 1968 auf 6,85 Millionen Ende 1971. Von diesen Mitgliedern gehören 34 Prozent zur IG Metall, die mit einem Nettozuwachs von 90 000 Mitgliedern auf 2,31 Millionen anstieg und damit nicht nur die weitaus größte DGB-Gewerkschaft, sondern die größte Einzelgewerkschaft in der Welt bleibt.

Zweitgrößter Gewinner war mit einem Zugang von fast 17 000 Mitgliedern die ÖTV. Sie zählt jetzt 998 000 Mitglieder. An dritter Stelle folgt die IG Chemie-Papier-Keramik mit einem Gewinn von über 14 000 und einem Gesamtbestand von 613 000 Mitgliedern. Besser als die Industriegewerkschaften stiegen die drei „Beamten-gewerkschaften“ von Post, Eisenbahn sowie Erziehung und Wissenschaft an. Sie gewannen zusammen fast 30 000 neue Mitglieder. In allen vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind damit über 1,9 Millionen Beschäftigte organisiert.

Günstig entwickelten sich auch einige kleinere Gewerkschaften. So hatte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen einen Gewinn von über 5 Prozent. Von den mittelgroßen Industriegewerkschaften hatte die IG Bau-Steine-Erden einen Gewinn von 1 Prozent und stieg auf 508 000 an. Selbst die IG Bergbau nahm ein wenig zu und zählt nun 392 000 Mitglieder, obwohl im gesamten Bergbau nur noch 310 000 Beschäftigte tätig sind. Diese Tatsache ergibt sich aus dem ungewöhnlich hohen Rentnerbestand der Gewerkschaft.

800 Verlage im Messehaus

Im Zeichen des Jahres des internationalen Buches, zu dem die UNESCO das Jahr 1972 erklärt hat, stand die internationale Leipziger Buchmesse, die im Rahmen der Frühjahrsmesse 1972 abgehalten wurde. Rund 800 Verlage aus 17 Ländern zeigten in Einzel- und Kollektivausstellungen im Messehaus am Markt ihre neueste Produktion. Die 80 DDR-Verlage waren an der Ausstellung allein mit 8700 Titeln aus allen Literaturgebieten vertreten. Auch der NACHRICHTEN-Verlag zeigte in Leipzig innerhalb einer Kollektivausstellung der WLVG sein Sortiment.

Verlierer war die Gewerkschaft Textil-Bekleidung, die einen Abgang von 12 000 Mitgliedern zu verzeichnen hatte und noch 287 000 Organisierte in ihren Reihen zählt. Hier wirkt sich vor allen Dingen der Verlust von mehr als 100 000 Arbeitsplätzen im Zuge der Rationalisierung im Organisationsbereich der Gewerkschaft aus. Mitgliederverluste mußten ferner die Gewerkschaft Leder sowie die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft hinnehmen. Auch hier ist der Verlust auf eine wachsende Konzentration in ihren Wirtschaftsbereichen zurückzuführen. sr

Zu guter Letzt:

Mit mehr als 50 000 Unterschriften rechnet der DGB in Nordhessen bei einer Aktion zur moralischen Unterstützung der Ostverträge. Zuvor haben schon innerhalb von vier Tagen 35 000 Bürger der Bundesrepublik ihre Unterschrift für die Ratifizierung abgegeben.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung bemerkt dazu: „Die Bevölkerung mischt sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland ein.“

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Eukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlage- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66;
Telefon 59 97 81; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,50 DM; Jahresabonnement 17,- DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 8,50 DM.

Bei Nichterschienen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Qualifikationsangabe.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

N
VG

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main

Bellagen-Hinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegen ein Prospekt zu dem Buch „Betriebsverfassungsgesetz 72“ und eine Doppelbestellkarte für dieses Buch und für NACHRICHTEN bei.